

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquaterstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufwärts Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschlt. Umrahmung. Schwärzungen und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. halle.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 71.

Dienstag, den 14. Juni 1932.

35. Jahrg.

Das Sozialprogramm der Reichsregierung.

Eine Annäherung des Reichsanstalters.

Reichsanstaltler von Papen hielt bei der Vorkonferenz des Deutschen Landwirtschaftsrats eine Ansprache, die die erste Rede des neuen Reichsanstalters vor der Öffentlichkeit ist. Unter großer Spannung erklärte v. Papen folgendes: In einer der entscheidendsten Stunden der Nachkriegsentwicklung hat der Herr Reichsanstaltler mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung wenig zu tun hat mit dem gewöhnlichen förmlichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die Dokumentierung einer grundsätzlichen neuen Richtung der Staatsführung selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt.

Demgemäß muß und wird das Ziel dieser Regierung sein, eine neue, einheitliche Willensbildung der Nation herbeizuführen.

Zu diesem Ende hat die Regierung zunächst von dem Herrn Reichsanstaltler die Aufstellung des deutschen Reichstages erbeten und erhalten. Sie ist der Ansicht, daß der neue Reichstag eine eindeutige Wehrheit für die Politik geistig-ethischer Gesundheit, wirtschaftlicher Neuordnung auf dringlicher, nationaler und sozialer Grundlage erbringen muß. Es ist die Pflicht der Reichsregierung, die Aufstellung der neuen Reichsregierung von ihren sozialen Pflichten

auszugehen. Eine der unerfülltesten Pflichten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gewiß hat angesichts der Größe und des Umfangs der Aufgabe meines Volkes auch der Staat klarer Verpflichtungen zu sozialer Gerechtigkeit, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und erste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notwendigen Vollzügen auszuwickeln und diese Arbeit zu erhalten. Darüber hinaus aber steht bei den besten Weg sozialer Gerechtigkeit in dem Vertrauen, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumerzen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Eine kurze, zielbewusste Agrarpolitik ist das Fundament jeder gesunden Entwicklung, die in sorgfältiger Abwägung der Interessen auch der anderen Berufsstände der Gesamtheit der deutschen Wirtschaft gerecht wird. In hiesiger Hinsicht den Kampf der Regierung für den seelischen und materiellen Aufbruch der Nation weiter zu unterstützen.

Mutter Erde, der Urgrund alles Lebens.

Grundzüge der Agrarpolitik der Reichsregierung.

Auf der Vorkonferenz des Deutschen Landwirtschaftsrats entwickelte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun die Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der Reichsregierung. Er führte unter anderem aus:

Die Aufgabe in der Landwirtschaft ist allgemein. Seit zwei Jahren sei zu beobachten, daß in Westdeutschland, wo die bäuerliche Struktur durchweg vorherrscht, die Verbindung schneller zunimmt als im Osten. Nach den neuesten Ausschreibungsergebnissen des Deutschen Landwirtschaftsrats sei nur noch etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage, die Mieten aus den Mieterträgen zu bezahlen. In allen anderen Fällen würden die Zinsausgaben auf Kosten der Substanz vorgenommen. — Wesentlich für die Ursachen der Verarmung in der ganzen Nachkriegszeit sei die flauen Preisverhältnisse, das Mißverhältnis zwischen den Erzeugnismieten und den Erzeugniskosten. Eines der Ziele der Agrarpolitik müsse demnach die Steigerung dieser Preisverhältnisse sein. Mit bestimmten Agrarmaßnahmen allein sei das nicht möglich.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mache sich durchgängig die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Beim Fleisch konnte ein Konsumrückgang nur durch den ungewohnten Zirkel der Fleischpreise vermieden werden. Somit werde das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein arbeitsloses Problem.

Staatsrat Konstantin und landwirtschaftlicher Produzent bitten eine Anreizergemeinschaft auf Gebeld und Verberd. Der Minister gins Johann auf

das Problem der Autarkie

ein und erklärte, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loszulösen. Die Verhältnisse hätten sich aber gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verschoben. Früher sei der deutsche Export, der unsere Import finanzieren mußte, gern und willig in allen Ländern der Welt aufgenommen worden. Zeitbedenken fänden wir heute überall. Autarkiebedenken, die Verengung des eigenen Binnenmarktes. Dieser Entwicklung könne sich auch Deutschland nicht entziehen.

Auf dem Getreidegebiet

müsse für eine auskömmliche Verwertung der kommenden Getreibernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gesorgt werden. In aller Kürze werde er auf diesem Gebiet die nötige Klarheit schaffen.

Auf den Märkten der Veredelungsprodukte

sei die Lage katastrophal. Hieraus beruhe in erster Linie das Abweichen der Preise auf die bäuerlichen Wirtschaften, das sich in den letzten beiden Jahren vollzogen habe. Die Reichsregierung müsse daher der gesamten Veredelungsproduktion ihr besonderes Augenmerk schenken, da es sich hier um eine Existenzfrage für den deutschen Bauer handelt. In der Kartoffelfrage wird der erhöhten technischen Verwertung, wobei der Minister auch die Preisfrage erwähnte, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Beim Zucker müsse wenigstens dem verminderten Flächenanbau ein angemessener Preis gesichert bleiben. Auf dem Gebiet des Gemüses, Obst- und Weinbaues sei eine Verbesserung der Lage nur durch Veränderung der bisherigen Handelsverträge politisch und von der Einsicht der Verbraucher zu erwarten, die endlich einmal die deutschen Erzeugnisse den Vorzug geben sollten. Schwerste Sorge bereite der Reichsregierung die Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft. Eine auf sozialpolitischem Gebiet liegende Maßnahme werde in den nächsten Tagen veröffentlicht werden; weitere Maßnahmen müßten in baldiger Folge.

Nichtliegend bemerkte der Minister, daß Agrarfragen nicht allein mit dem Verstande bearbeitet werden könnten. Sie sind eine Sache der gefühlsmäßigen Einstellung des Menschen zum Grund und Boden. Dieses Gefühl kann man nicht lehren, man kann es auch nicht beschreiben, man kann es nur haben oder nicht haben. Als gehöre zu denen, die in der Mutter Erde den Ursprung alles Werdens erblicken, den der Mensch zu verehren hat.

Was bringt die neue Notverordnung?

Scharfe Kürzung der Arbeitslosenunterstützung Beschäftigtensteuer bis 6,5 Prozent

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Notverordnung der Reichsanstaltler. Die Angehörigen der Regierung der Reichsminister traten durch Zerstreuung eines Teiles des Reichskabinetts über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgelegt. Die Selbstvertretung des Reichsanstaltlers während seiner Abwesenheit in Lausanne übernahm Reichsminister Freiherr v. Gauß.

Später trat das Kabinett erneut zusammen, um die neue Notverordnung, die finanzpolitische Maßnahmen zum Ausgleich des Haushalts u. a. bringen wird, die letzte Hand anzulegen.

Der Text der neuen Notverordnung wird von der Reichsregierung für Mittwoch veröffentlicht werden.

Die neue Notverordnung, durch die der 400-Millionen-Mark-Neubetrag im Reichshaushalt gedeckt werden soll, wird, wie aus unrichtiger Quelle verstanden, ähnliche Steuern bringen, wie sie das Kabinett bereits vorgeschlagen hatte. Bei der Einföhrung einer neuen Einkommensteuer tritt durch Zerstreuung eines Teiles der Steuer und Einführung einer Abgabe für Arbeitslosenhilfe, die mit anderthalb Prozent des Einkommens beginne und einen steigenden Tarif haben solle. Die Beamten würden zu einer gleichmäßigen Abgabe in Höhe von anderthalb Prozent herangezogen werden. Bei der Lohnsteuer werde lediglich die Freigrenze von 5000 Mark aufgehoben werden, weil die Steuerzeit dafür angenommen Voraussetzung sich nicht bewährte sich habe. Die Verlängerung der Bürgersteuer werde sich kaum vermeiden lassen. Man spreche außerdem von der Einführung einer Salzsteuer. Die Vertreter der Länder hätten sogar von der Regierung Vollmacht für die Gemeinden zu einer noch weiteren Erhöhung der Bürgersteuer verlangt, was aber die Reichsregierung abgelehnt habe. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung werde in abgemilderter Form gegenüber den Wünschen des Kabinetts Brünning durchgeführt werden.

Beratungen über die Finanzmaßnahmen abgeschlossen

Aber die politische Notverordnung wird noch beraten.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die finanzpolitischen Maßnahmen sind nun beendet bis in die frühen Abendstunden hinein an und wurden gegen 21.30 Uhr abgeschlossen. Die entsprechende Notverordnung wird am Dienstag dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt und dann der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Beratungen über die politische Notverordnung wurden noch nicht beendet.

Bayern gegen die Regierung Papen.

„Die süddeutschen Regierungen lehnen jede Verantwortung für die neue Notverordnung ab.“

Die Bayerische Staatszeitung schreibt unter der Überschrift „Ausgedünnte Schwirrigkeiten?“ zu dem Ergebnis der Berliner Ansprache, daß die Entscheidungen der Länder sich in ihrer kritischen Einstellung zu den politischen Maßnahmen der Reichsregierung vollkommen decken. Zunächst sei festzustellen, daß von einer föhnbaren Entpannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern hinsichtlich die Rede sein könne. Nach oberem Urteil habe die Reichsregierung nicht verstanden, die süddeutschen Bedenken gegen ihre einzelnen Maßnahmen oder Pläne zu zerstreuen.

Zusammenfassend sei für den Augenblick zu sagen, daß die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern, für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung übernehmen für gewisse Maßnahmen in derselben, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheint.

Die Sorgen der süddeutschen Minister.

Die Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Baden und Württemberg sind am Sonntag vom Reichspräsidenten empfangen worden, sie haben ihm ihre Sorgen wegen der Politik der neuen Reichsregierung vorgetragen, vor allem sind wegen der Gerichte, daß Preußen einen Reichskommissar in Preußen einlegen wolle, Beforgnisse aufgetaucht. Die werden dem Reichspräsidenten gesagt haben, daß man in Süddeutschland unter Umständen ein ähnliches Vorgehen auch gegen einen süddeutschen Staat fürchte. Die neue Reichsregierung hat schon vor der Berliner Reise der süddeutschen Minister durch den Reichsminister hart betonen lassen, daß sie das Eingreifen der Länder in seiner Weise antaufen wolle. Ähnliches wird auch der Reichsanstaltler den süddeutschen Ministern beim Empfang gesagt haben, und auch Hindenburg wird wohl beruhigende Versicherungen abgegeben haben. Die amtlichen Berichte über die Unterredungen sagen, daß die süddeutschen Minister ihre Auffassungen zwar sehr deutlich gesagt hätten, daß aber doch eine Entpannung erzielt worden sei. In einem Punkt scheinen allerdings die Schwierigkeiten nicht beseitigt zu sein. Mit der

Aufhebung des Verbots der SM-Formationen sind die süddeutschen Regierungen nicht einverstanden, Bayern soll sogar erklärt haben, daß es das Verbot aufrechterhalte. Wahrscheinlich wird die Reichsregierung bei der Abfassung der entsprechenden Notverordnung diese Schwierigkeiten Rechnung tragen. Die süddeutschen Minister betonen, daß ihr Schritt durchaus der Volkswilligung entspräche. Sicherlich würde je ein Reichskommissar aus Berlin in München nicht gerade freundlich empfangen werden. Aber ebenso sicher ist es, daß man in Süddeutschland es ablehnt, wenn in Verbindung mit dem Schritt der Ministerpräsidenten bei Hindenburg irgendeine von der Gefahr einer

Trennung zwischen Nord und Süd gesprochen wird. Das ist ein Gerücht, das nur entstanden ist, um den neuen Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen; seine Urheber haben aber damit ein Verbrechen am Volk begangen. Es wäre schlimm, wenn die engen Verbindungen zwischen Süden und Norden durch eine Schlagamphele gefährdet würde.

Bei Beurteilung des Schrittes der süddeutschen Minister muß man übrigens berücksichtigen, daß sowohl in Bayern wie in Württemberg noch die alten Regierungen bestehen, die keine Mehrheit in den neuen Landtagen hinter sich haben. Nach einem Telegramm aus Stuttgart scheinen in der dortigen Regierung wegen der Aktion in Berlin Meinungsverschiedenheiten zu bestehen.

Nationalsozialistische Mehrheit in Mecklenburg-Schwerin.

Der Wahlaustrich für die Mecklenburg-Schweriner Landtagswahl gab nunmehr das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen vom 5. Juni bekannt. Danach haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit im Landtag erhalten, da den Kommunisten am fünften Mandat neun Stimmen fehlen. Die Nationalsozialisten haben 76 Stimmen mehr erhalten, als sie nötig hatten. 30 nationalsozialistische Mandate stehen 29 Mandate der übrigen Parteien gegenüber.

Keinerlei Pläne gegen die Länder.

SA und SS künftig ohne militärischen Charakter. Zu dem Empfang der süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten von Hindenburg von gut unterrichteter Seite noch folgendes mitgeteilt:

Die Staats- und Ministerpräsidenten brauchen noch nichts ihren Standpunkt gegen die Einziehung eines Reichsfinanzministeriums in Preußen und gegen die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes vor.

Kerner wurde allgemein die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und vor allem die Frage des Finanzausgleichs erörtert. Die Besprechungen, die bereits am Sonntag zwischen dem Reichskanzler und den süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten hierüber geführt worden sind, dürften wohl im wesentlichen schon Klarheit darüber geschaffen haben, daß die Reichsregierung keinerlei Pläne gegen die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Länder hat.

Auch die Bedenken der süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten gegen die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes dürften im wesentlichen geklärt worden sein, da die Verbände künftig keinen militärischen Charakter mehr haben sollen.

und außerdem eine sorgfältige Überwachung durch das zuständige Ministerium geplant ist. Nach Lage der Dinge dürften demnach die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung durch den Besuch der süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten eine grundsätzliche Änderung nicht erfahren. Die Besprechung ging im übrigen in durchaus freundschaftlicher Form vor sich. Man trennte sich in ziemlichem Einverständnis. Hinsichtlich des staatsrechtlichen Verhältnisses der Länder zum Reich dürften alle Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen sein.

Groener über das SA-Verbot.

Der frühere Reichswehrminister Groener stellt in einer Erklärung an die Presse fest, daß seinerzeit die einzige Verbotsgrund für die Auflösung der SA die Gefahr für die Staatsautorität und nicht der Verdacht des Landesverrats gewesen sei. Die Anzeige wegen Landesverrats sei von der zuständigen Polizeibehörde ohne Beteiligung von Wehrkreisleitungen erlassen worden.

Der Reichspräsident hätte übrigens selbst in seinem Einleitungsbescheid fest, Sowie Teile der SA der Wehrmacht durch ihre abweichende Stellungnahme gegen gewisse Grenzverweidungsmaßnahmen und durch Vorfälle, die sie für ihr Verhalten im Falle einer Verletzung deutschen Gebietes durch fremde Mächte getroffen haben, etwa die Interzession der deutschen Landesverteidigung beeinträchtigt haben mögen, kommt eine landesverräterische Verletzung im Sinne des Strafgesetzes nicht in Frage, da die Voraussetzungen des § 92 StGB nicht gegeben sind. Die Tatsache, daß eine solche Handlung strafrechtlich nicht erfaßt werden kann, ändert jedoch an der Beurteilung der Handlungsweise der Täter nichts.

Keine Gebühre mehr für die Anmeldung politischer Versammlungen.

Ein Erlass des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern hat im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag an alle Polizeibehörden einen Erlass gerichtet. In diesem Erlass wird angeordnet, daß die auf Grund früherer Erlasse vom April 1931 auszuführenden Bestimmungen über Anmeldung geplanter öffentlicher politischer Versammlungen, Volkstrauertagenfahrten durch Mitglieder politischer Versammlungen oder zu politischen Zwecken, über erfolgte Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts als überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgte Amtshandlungen anzusehen sind. In Abänderung eines früheren Ministererlasses vom 12. April 1932 bestimmt der Minister des Innern daher, daß bis auf weiteres von der Erhebung von Gebühren für die in dem vorgenannten Ministererlass angeführten Amtshandlungen abzuziehen ist.

Die Beamten beim Reichsinnenminister.

Freiherr von Gahl für Wiederherstellung der Rechtsicherheit.

Reichsinnenminister Freiherr von Gahl empfing die Vertreter der Deutschen Beamtenbünde. Von den Vertretern der Beamtenchaft wurde vor allem darauf hingewiesen, daß durch die NotverordnungsPolitik der letzten Jahre in der Beamtenchaft ein sehr hartes Gefühl der Rechtsunsicherheit entstanden sei. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Auslegung der Dietramszeller Notverordnung vom August vorigen Jahres genannt, die unzulässige Zustände geschaffen habe.

Reichsinnenminister Freiherr von Gahl verwies auf seine jahrelange Tätigkeit als Beamter und auf seine Arbeit im Reichsrat. Er betonte, daß er mit großer Sorge in den letzten Jahren wahrgenommen habe, in welchem harten Maße die Rechtsicherheit des Berufsbeamtenstandes gefährdet worden sei. Außerdem schilderte er den Ernst der Finanzpolitischen Lage, vor allem in Ländern und Gemeinden. Er sprach sich grundsätzlich für das Berufsbeamtenamt aus, vor allem aber für die Wiederherstellung der Rechtsicherheit der Beamtenchaft.

Fahrt nach Lausanne.

Endlösung, nicht Verschleppung.

Der französische und der englische Ministerpräsident haben ihre vorbereitenden Besprechungen in Paris abgeschlossen und sich über Genf nach Lausanne begeben. Sie benutzen dabei den gleichen Eisenbahnzug. Ist das ein Symbol dafür, daß nach dem Pariser Wochenende ein Weg Frankreich und England nach dem Ort der Entscheidung führt? Vielleicht aber nur bis Lausanne? Sollte dann wieder eine unübergelebene Weichenstellung, wie schon einmal, die jetzt brüderlich zusammen Reisenden trennen?

Das, was über die erzielte Einigung bisher verlautet, bleibt hinter dem Ziel, das sich Deutschland für Lausanne gestellt hatte, weit zurück, wenn es auch vielleicht nicht völlig abseits von dem deutschen Weyplan liegt. Es bedeutet aber eine Verlagerung des Weges, die im deutschen und im Interesse Europas als untragbar bezeichnet werden muß.

In englischen politischen Kreisen rechnet man auf Grund der Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot damit, daß die Entwidlung einem sogenannten „verhandlungsstechnischen Moratorium“ zutreiben, wodurch es, ohne den Faden abreißen zu lassen, ermöglicht werde, eine Klärung der politischen Lage in Europa abzuwarten, bevor eine endgültige Tributregelung in Kraft trete. Die Erklärung, daß Deutschland weder jetzt noch in nächsten Jahre Reparationen zahlen könne und das Eingeständnis, daß kein deutscher Staatsmann die Verantwortung für eine Erklärung über die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Zahlungen übernehmen könne, werde, so vermutet man, nicht mehr als eine böswillige und einseitige Ablehnung der Haager Abkommen betrachtet. Man habe vielmehr erkannt, daß die deutsche Faltung vollkommen begründet sei. Amerika müsse durch eine zeitweilige Lösung der Frage Zeit gewinnen. Aber man sei sich darüber klar, daß eine einfache Verlängerung des Moratoriums nicht zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen führen werde. Macdonald habe, wie man glaube, vorgeschlagen, daß die europäischen Mächte in Genf eine offene Erklärung abgeben sollen, bezuzufolge sie unter keinen Umständen für die Dauer einer noch vereinbarenden Zeitspanne zu den Waffen greifen würden. Auf diese Weise solle das politische Vertrauen in Europa gestärkt und die Herabsetzung der Rüstungsausgaben vorbereitet werden.

In all diesen Punkten, über die ungeschildert zwischen Frankreich und England eine Einigung erzielt worden ist, ist zu bemerken, daß einmal diese Einigung, wie gesagt, mit einem großen Fragezeichen zu versehen ist, und daß andererseits, wenn sie sich bewahrheiten sollte, Deutschland auf seinem bereits mehrfach betonten Standpunkt beharren und daß Lausanne keine weitere Verschleppung, sondern eine Endlösung der Tributfrage bringen muß.

In diesem Ziel muß Deutschland verharren, denn es kann nicht nach einem Rüstungswinter, verhärtet durch die Unsicherheit über die Tributregelung, auf sich nehmen. Die Aufrechterhaltung eines Moratoriums in wie auch immer gestalteter Form würde der Welt eine neue Strohpfähle von solcher Gewalt geben, daß das Wort von „Umlegung des Abendlandes“ schaurige Wirklichkeit werden könnte. Um Offen steht das „Morgenland“, das nur darauf launert, aus den Trümmern sich neu aufzubauen.

In Berliner politischen Kreisen werden alle Behauptungen über Konsolidierung zwischen der englischen und der französischen Auffassung zunächst als Stimmungsmache bezeichnet. Es ist falsch, hieraus schon irgendwelche Schlüsse ziehen zu wollen.

Die Reichsregierung beantragte entsprechend ihrer Regierungserklärung als wünschenswertes Problem die endgültige Lösung der Tributfrage mittels einer Gesamtlösung, die der Welt endlich die zur wirtschaftlichen Wiedererholung notwendige Entlastung bringen müßte.

Die Ministerdelegation für Lausanne.

Reichsfinanzminister von Papen wird sich am Dienstagabend zu der Konferenz nach Lausanne begeben. Mit ihm reisen Außenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Wirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold.

Herr von Papen wird wahrscheinlich nicht während der ganzen Konferenz in Lausanne bleiben, sondern nach einigen Tagen zurückkehren, wenn die wichtigsten Verhandlungen zwischen den leitenden Staatsmännern abgeschlossen sein werden.

Hoover-Moratorium bis zum Jahresende!

Die Ansprache Macdonald-Herriot wird in Pariser politischen Kreisen dahin aufgefaßt, daß die Engländer in der Reparationsfrage ihren bisherigen Standpunkt auf vollkommene Ersetzung der Reparationen fallengelassen haben. Macdonald soll den lebhaften Wunsch geäußert haben, Frankreich möge auf den Retrospektiv verzichten, um damit gegenüber Amerika eine Geste zu tun, die vielleicht zu einem gewissen Einsehen Amerikas in bezug auf die interalliierten Schulden führen könnte.

Man glaubt sogar zu wissen, daß sich England bereit erklärt habe, allen denjenigen Staaten die Schulden zu erlassen, die ihrerseits auf die deutschen Tributzahlungen verzichten.

Da sich jedoch Frankreich aus naheliegenden Gründen niemals zu einem derartigen Abkommen bereit erklären würde, arbeitet man im Augenblick — und das ist auch die Auffassung der großen Pariser Presse — auf eine andere Lösung hin, die in einer vorläufigen Verlängerung der Hoover-Moratoriums bis zum Ende des Jahres besteht.

Während dieser Zeit soll ein besonderer Ausschuss damit beauftragt werden, die Mittel und Wege zu prüfen, die geeignet sind, entweder zu einem

„System der endgültigen Regelung“

oder aber zu einer vollkommenen Abschaffung der Reparationen zu führen. Man hofft auf diesem Wege gleichzeitig den Widerstand der Reichsregierung zu reduzieren, da die Fäden für später offen gelassen seien.

„System der endgültigen Regelung“

sind sich beide Teile darin einig, daß die Genfer Konferenz ohnedies zu irgendeinem greifbaren Ergebnis führen müßte, um das Vertrauen der Öffentlichkeit wenigstens teilweise wieder herzustellen. Mit einem Rüstungstillstand — man spricht von einer zehnjährigen Dauer — scheint man sich französischerseits einverstanden erklären zu wollen. Die englischen Pläne sehen jedoch noch weiter. Macdonald wünscht eine qualitative und quantitative Verringerung der französischen Streitkräfte.

Der Parteienaufmarsch zum Wahlkampf.

Die Wahlen in Preußen und in anderen Ländern des Reiches haben eines mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Wählererschaft die Vielzahl von Parteien und Gruppen satt hat, und daß die Entwicklung auf die Behauptung einiger weniger großer Parteien hinausläuft. Die verschiedenen bürgerlichen Parteien haben keinen Anhalt mehr in der Wählererschaft. Nur die Deutschnationale Partei konnte sich zwischen Nationalsozialisten auf der einen und Zentrum und Sozialdemokratie auf der anderen Seite als festgefügte bürgerliche Partei behaupten. Alle anderen Bürgerpartei, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk, Christlich-Soziale und die Staatspartei sind bei den letzten Wahlen zwischen den großen Wählern zerrieben worden. Man sollte glauben, daß die Lehren der letzten Wahlen den Mut zu neuen Gründungen genommen hätten. Ganz im Gegenteil, die Organisationsleiter, denen die Wähler davonangelassen sind, hoffen durch eine Firmenänderung neue Geschäfte zu machen und in die leeren Parteikassen wieder etwas Geld zu bekommen. Die Öffentlichkeit wird wohl sehr bald allerdings neue Parteienamen vorgelegt bekommen.

Die Staatspartei wollte unter Führung des ehemaligen Finanzministers Dietrich mit der Parole Kampf der Regierung von Papen sammeln. Aber die Parole hat sich als nicht zugriffsfähig erwiesen, die Staatspartei hat damit allein gelassen und Herr Dietrich erklärt, seine Partei würde sich auch allein hart genug, um unabhängig in den Wahlkampf zu ziehen. Wenn Herr Dietrichs Zuvorrecht sich diesmal ebensogut bewährt wie bei seiner Reichsfinanzpolitik, dann dürften seine Anhänger wenig Freude erleben. In der Deutschen Volkspartei scheint noch keine Klarheit darüber zu herrschen, ob man die alte Firma wechseln soll. Der Führer Dingeldey hat zwar erklärt, er sei bereit, seine Partei zu öffnen, wenn eine Sammlung dadurch möglich wäre. Ob es zu diesem Opfer kommt, ist noch nicht ersichtlich. Jedoch sind maßgebende Anhänger der Volkspartei mit einer Neugründung beschäftigt. Im Lande Anhalt hat man kurz vor dem Titel Volkspartei in Nationalliberale Partei verwandelt. In Berlin sind volksparteiliche Politiker am Werk, unter dem Namen Neue Bürgerpartei Volkspartei, Anhänger der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Volksoberbühnen zusammenzutragen. Auch einige Staatspartei, die nicht mit Dietrich gegen die neue Regierung marschieren möchten, sollen Umbatungen für diese Neugründung zeigen. Unter den Gründern wird der Name Dr. Gdener genannt. Unter der Firma Die neue Mitte ist in Essen eine Gründung im Werden, die ebenfalls auf Zugang aus den bürgerlichen Kreisen hofft. Die Christlich-Sozialen haben beschlossen, sich mit niemandem zu sammeln, sondern allein in den Kampf zu ziehen, obwohl es ihnen bei den letzten Wahlen nicht gerade gut ergangen ist. Sie ketten allerdings vor, daß sie zur Regierung von Papen nicht in grundsätzlicher Opposition stehen.

Kurzum, das Ergebnis der Sammelpartei wird also wieder die schönste Zersplitterung sein. Aber es wird sich zeigen, daß die Parteigründer und -sammler die Rechnung ohne die Wählererschaft gemacht haben. Leider wird die Folge sein, daß der Einfluß des Bürgertums weiter geschwächt wird, weil erfahrungsgemäß Hunderttausende von Stimmen durch den Wirrwarr auf den Wählern verlorengehen.

Die Reichsregierung beanugt den Rundfunk.

Reichsinnenminister Freiherr von Gahl hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister bestimmt: Die Reichsregierung behält sich vor, den Deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschen Rundfunk ausgeben und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Drabag“ beauftragt worden.

Wie von zuständiger Reichsstelle hierzu ergänzend mitgeteilt wird, ist diese Verfügung lediglich dazu bestimmt, die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rundfunks, die auch die bisherige Regierung hatte, schärfer zu organisieren.

Der Erlass über die Benützung des Rundfunks durch die politischen Parteien dürfte in Kürze bekanntgegeben werden.

Umzug des Reichspräsidenten.

Der Palast wird renoviert.

Der Reichspräsident von Hindenburg will noch einmal einen kurzen Urlaub auf seinem Gut in Rudersdorf verbringen. In der Zwischenzeit sollen die Amtsräume und die Wohnung des Reichspräsidenten

nach der alten Reichsfinanzlei verlegt werden. Dieser Umzug hat sich als notwendig erwiesen, weil im Reichspräsidentenpalast ziemlich umfangreiche Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden müssen. Diese Bauarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß der Reichspräsident spätestens zur Jahreswende wieder den Palast beziehen kann.

Um die Existenz der ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten.

50 000 Verpflegungswärter warten auf ihre Anstellung. In Schermin lagte der 35. Bundesstag des Reichsbundes der 33 Mitgliedstaaten im Jahre 1927 die Hauptaufgabe sieht die Organisation in der Arbeit um die Unterbringung der nach Ablauf der Vertragsfristzeit aus der Wehrmacht und der Polizeien ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten in bürgerlichen Berufen. Diese Existenzsicherung ist den ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten, die man nach dem Ausscheiden Verpflegungswärter nennt, gesetzlich gesichert. Im Verlaufe einer öffentlichen Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, in der der Reichsbund mit Verdauern festhielt, daß sich im abgelaufenen Geschäftsjahr die seit 1927 immer ungünstiger werdende Entwicklung der Zivilversorgung auch im Jahre 1931 fortgesetzt habe. Es müsse Vorkehrungen auslösen, daß Ende 1931 mindestens 50 000 Verpflegungswärter noch auf ihre planmäßige Anstellung warteten.

Zur Deutschlands Wehrhoheit.

Der Aufführerband gegen die Verschleppungsberichte in Genf. Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Kampfbanner“ hat an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz und an die deutsche Abordnung in Genf ein Brieftelegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Kampfbanner“ erachtet im Namen seiner drei Millionen Mitglieder die deutschen Vertreter, immer wieder Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu fordern und die Entlassungsbestimmungen des Versailler Vertrages als Richtlinien für die Verhandlung der Abrüstungsfrage zu erklären. Das in seiner Sicherheit auf schwerste gefährdete deutsche Volk nimmt in gleichem Maße seine Wehrhoheit in Anspruch wie die übrigen Mächte. Es ist nicht länger gewillt, die Sicherheit der anderen Völker durch die Unsicherheit des eigenen Volkes zu gewährleisten. Der Kampfbannerband richtet an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz den dringenden Appell, die Gebude des deutschen Volkes durch den Abschluß des Versailler Vertrages nicht länger auf die Probe zu stellen, vielmehr auf eine Beschleunigung der Verhandlungen hinzuwirken und sich allen Versuchen, die Entscheidung hinauszuverschieben oder zu verhinieren, mit aller Entschiedenheit zu widersetzen.“

Kurze politische Nachrichten.

Eine Berliner Zeitung hatte behauptet, daß Hitler gelegentlich seines Besuchs an Bord des Kreuzers „Adolf“ eine außerordentlich hochtönende Entladung in das Gattentuch gemacht habe. Diese Behauptung entspricht, wie das Reichswehrministerium mittels, nicht den Tatsachen. Die Entladung entspricht inhaltlich durchaus den auch von anderen Besuchern gemachten Entlassungen. Es entspricht ferner nicht den Tatsachen, daß Hitler an Bord des Kriegsschiffes einen Vortrag gehalten habe.

In einigen Wätern ist bemängelt worden, daß die Stimmzettel für die bevorstehenden Reichstagswahlen erst in der Zeit vom 10. bis 17. Juli ausgelegt werden. Das Reichsinnenministerium weist gegenüber dieser Kritik darauf hin, daß eine frühere Auslegung der Stimmzettel im Interesse der sorgfältigen Aufklärung dieser Wähler unzumutbar sei. Außerdem würde für den Fall einer früheren Auslegung das Interesse der Wähler erfahrungsgemäß nachlassen.

Eisenbahnunglück bei Anna.

Ein Todesopfer, 44 Verletzte. Bei einem schweren Eisenbahnunglück, das sich am Sonnabendabend zwischen Anna und Witten erreichte, sind 44 Personen verletzt worden, davon 16 schwer. 30 Verletzte wurden dem Krankenhaus in Gamm, 14 Verletzte und eine Frau, die bereits tot war, in die Krankenanstalt in Anna übergeführt. Bei den Verunglückten handelt es sich größtenteils um Reisende aus Westfalen. Eine Beschädigung der Angulidstraße zeigt, daß die Schienen auf etwa 200 Meter Länge verbogen und viele Holzschwellen gesplittert sind. Man vermutet, daß Erdbeben, hervorgerufen durch den Bergbau, zu dem Unglück geführt haben. Demersenswert ist, daß eine halbe Stunde vor der Katastrophe ein Schnellzug die Strecke durchfuhr. Aber das Ausmaß der Bodenversenkungen kann man sich ein Bild machen, wenn man sieht, daß ein ganz in der Nähe der Unglücksstelle befindliches Haus völlig zerfallen ist. Das Gelände hatte sich bereits in den letzten Jahren erheblich gesenkt, so daß der Bahndörper noch und nach immer höher gelegt werden mußte.

Schweres Kraftwagenunglück.

Der Schwereverkehr. Aus Gagen wird gemeldet: In der Ecke bei der geschäftlichen Dammstraße ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück. Ein mit 27 Personen besetzter Schnellkraftwagen fuhr zu rasch die steile Böschung hinunter. Der Wagen kam von Jurtsche, wo die Anwesenden, Mitglieder eines Männergesangsvereins, ein Gesangsvereinstreffen teilgenommen hatten. Der Führer verlor in der Stunde bei dem Versuch, einem entgegenkommenden Kraftwagen auszuweichen, die Gewalt über den Wagen, der sich überfällig und dann völlig verrückt auf einer Böschung landete. Ein Teil der Vordächer wurde dem Wagen geklopft, während die übrigen mit großer Mühe von der Feuerwehrt befreit werden mußten. Alle 27 Personen wurden verletzt. Vier schwer und sieben leichtverletzte mußten den Gagenen Krankenwagen zugeführt werden, während die übrigen nach Anlegung von Notverbänden entlassen werden konnten.

Schützenfest in Annaburg.

Unser Schützenfest ist nun vorbei. Bei andauernd schönem Wetter hat es auch an seinem zweiten Tage einen prächtigen Verlauf genommen und mit dem althergebrachten Einmarsch des Schützenvereins und mit dem Einbringen des neuen Königs sein offizielles Ende gefunden. Unser Schützenfest war auch in diesem Jahre wie immer das Volksfest, das Jung und Alt trotz der schledchten wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Unterlass des Standes feiert. Von Nah und Fern waren Bekannte und Verwandte gekommen, um mit uns einige frohe Stunden zu erleben.

Eingeleitet wurde das Fest durch den üblichen Zapfenstreich am Sonnabendabend, der den kommenden Schützen nach Schluß desselben schon einige frohe Stunden auf dem Festplatz brachte. Die Festlichkeiten des Sonntags wurden durch den Wetlauf in früher Morgenstunden eingeleitet. Der Vormittag brachte das traditionelle Königsfrühstück beim ehemaligen König, Herrn Bildhauermeister Schäfer, und damit verbunden ein Plafonzert der Köchischen Kapelle bei dem Genannten sowie vor dem Hause des Kommandeurs, Herrn Bäckermeister Rietdorf.

Gegen 1 Uhr formierten sich die Schützen vor dem „Waldschützen“ zum Umzug durch den Ort. Jung und Alt marschierte neben der Musik und dem Zuge her und manch altes Herz wurde wieder jung bei dem munteren Schritt der Marschkolonne. Unter dem Klang schneidiger Marschmusik bewegte sich der Zug zum Festplatz, wo der Mummelbetrieb bei Anbruch der Schützen seinen Anfang nahm. Eine Reihe von Wägen, zum Teil mit den neuesten „noch nie dagewesenen“ Attraktionen war aufgestellt. Mehrere Karussells luden mit ihrer schreienden Musik und die Schützenbuden riefen auch die Mädchen, ihre Schießkunst zu erproben. Bierzelte und Wärdchenbuden sorgten für leibliche Erfrischungen, jedoch für jeden gelogt war. Lustig trallerten die Wägen auf den Schützenbuden, wo sich ein eifriger Kampf im Preis-Schießen entpinn. 23 Preise standen zur Verfügung, von denen fünf die ersten fünf Preise folgende Herren erwarben: Herr D. Hofmann mit 57 Ringen den 1. Preis, Herr F. Kieweweller mit 55 Ringen den 2., Herr E. Kleinberg mit 54 Ringen den 3., Herr W. Hammer

mit 54 Ringen den 4., Herr S. Kaiser mit 54 Ringen den 5. Preis. Weiterhin wurde an diesem ersten Festtage noch eine Ehrenschilde und eine Punktische ausgehoben, wobei Herr R. Kosi die Ehrenschilde erwarb. Bei dem Schießen auf die Punktische waren die besten Schützen Herr F. Wolter mit 93 Ringen, Herr W. Hammer mit 93 Ringen, Herr R. Kosi mit 91 Ringen. Mit Anbruch der Polizeistunde fand der erste Schützenfesttag sein Ende.

Der Haupttag, bei dem es um die Königswürde ging, legte mit einem Spektakulären-Effen auf dem Festplatz ein. Gegen 1 Uhr war wieder Anbruch der „Waldschützen“, dem sich, nachdem der Festzug einige Straßen passiert hatte, wie am Vorlage das Einholen des vorjährigen Schützenkönigs angeschlossen. Dieser zweite Festtag brachte neben dem Kampf um die Königswürde noch ein Freihandschießen und ebenfalls den Ausbruch einer Ehrenschilde. Die fünf besten Schützen im Freihandschießen waren die Herren F. Kieweweller mit 47 Ringen, A. Quast jun. mit 43, D. Schäfer mit 37, W. Hammer mit 36 und S. Kinnofsky mit 36 Ringen. Die Ehrenschilde dieses Tages konnte sich dagegen Herr E. Hanneemann erwerben. Sodann legte der Kampf um die neue Königswürde ein, wobei die einzelnen Schützen ergebnisse mit Spannung verfolgt wurden. Zum Schluß konnte folgendes Ergebnis festgenommen werden:

Den besten Schützen lieferte Herr Glaxemeister D. Bornmann, der damit die Würde des neuen Königs erwarb. Erster Ritter wurde Herr Seilermeister Grenzj, während Herr Fleischermeister Dubro die Würde des zweiten Ritters erlang. Die Proklamation des neuen Königs nahm Herr Kommandeur Rietdorf vor, der sich leider nurmehr aus gesundheitlichen Gründen von seinem Schützenverein zurückziehen mußte. Gegen 8 Uhr wurde zum Einzug angetreten und der neue König mit den üblichen Ehren eingehandelt. Am Abend herrschte jedoch nochmals ein sehr reger Betrieb auf dem Festplatz, indem sämtliche Geschäfte voll auf ihre Kassen kommen sein dürften. Der heutige Dienstagabend gehört den Schützen mit ihren Angehörigen. Im Zelle des Herrn Dämmichen findet der übliche Königssball statt, womit das Fest seinen Ausklang findet.

Romanische Flucht sechs junger Berliner.

Mit einer Segeljacht in See gestochen. Sechs Berliner Gymnasialisten, Söhne wohlhabender Eltern aus Berlin SW, sind auf abenteuerliche Weise aus den Wohnungen ihrer Eltern entflohen, um mit einer Segeljacht in See zu stechen. Durch Kunstgriff sind zahlreiche Schiffe von der romanischen Flucht benachrichtigt worden.

Der jüngste der entflohenen Jungen ist erst 15 Jahre alt. Er wird als das „geistige Oberhaupt“ des Unternehmens, das die Abenteuerer hinaus in die Ferne zu Freiheit und Ungebundenheit führen soll, bezeichnet. Der älteste der Flüchtlinge steht im 18. Lebensjahre. Jeder der Jungen soll

Gelberparnische in Höhe von etwa 150 Mark bei sich haben. Außerdem haben sie Pistolen und Revolver und, was die Hauptsache ist, Proviant für drei Monate. So behaupten wenigstens die zu Hause gebliebenen Mitschüler der sechs Seefahrer. Es heißt ferner, daß die Jungen im Falle des Scheiterns der Flucht mit der Segeljacht sich an Bord eines Zerstörerpanzers begeben wollen, um nach Ausland zu gelangen. Einer von ihnen soll vor Antritt der heimlichen Seereise auf der Berliner russischen Poststation gewesen sein, um sich nach der Erlangung eines Einreisevisums genau zu erkundigen.

Schwere Verkehrsunfälle.

Ein Berliner Ausflugsauto verunglückt. 22 Ausflüger verletzt. Auf der Chaussee zwischen Voigtburg und Lyden, unweit des Posthauses Grünewald, ist ein Ausflugsauto der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, in dem sich 25 Personen befanden, verunglückt. Fünf Fahrgäste und der Lenker des Autos wurden erheblich verletzt und fanden im Lydener Krankenhaus Aufnahme. 17 weitere Fahrgäste erlitten leichtere Verletzungen.

Ein Brautpaar bei einem Verkehrsunfall getötet.

Der Motorradfahrer Enald Wever aus Ahle bei Bünde, der mit seiner Frau in Viefelsfeld Verwandte besuchen wollte, fiel an einer Straßenkreuzung unmittelbar vor dem Ziele der Fahrt mit einem Auto zusammen. Das junge Mädchen wurde auf der Stelle getötet, während der Bräutigam, der mit seiner Maschine eine längere Strecke von dem Unfallsort mitgeschleppt wurde, erhebliche Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Ein norwegischer Dampfer gestrandet.

Die Passagiere in Sicherheit. Der norwegische Fracht- und Passagierdampfer „Jels“, ein neues Schiff von 1800 Tonnen, ist auf der Fahrt von Hamburg nach Oslo mit Passagieren und Stückgut bei diesem Wetter gestrandet. Das Schiff lag sofort voll Wasser. Auf einen Anruf hin begab sich der dänische Bergungsdampfer „Garm“, zur Unglücksstelle. Das ausgelegte Rettungsboot konnte nicht bis zur Küste gelangen, so daß die fünf weiblichen Passagiere von den Männern an Land getragen werden mußten, während die vier Männer das Wasser durchwaten. Die Lage des gestrandeten Dampfers ist trübsalig.

350 chinesische Schiffbrüchige gerettet.

Zwei englische Torpedoboote und ein Schlepper haben 350 chinesische Passagiere des Dampfers „Shengfang“, der etwa 15 Seemeilen von Weihaiwei in dichtem Nebel auf einen Felsen gefahren war, gerettet. Die Geretteten wurden in Weihaiwei gelandet.

Fünf Todesopfer eines Familiendramas.

Verursachte Folgen einer Ermittlung. In Sächsischen-Regen in Siebenbürgen spielte sich ein blutiges Familiendrama ab, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Kaufmann, den sein eigener Bruder, ein Arzt, aus der Wohnung ermittieren wollte, gab, nachdem ihm die gerichtliche Vernehmung zugehört worden war, auf den Bruder mehrere Schüsse ab, die diesen sofort töteten. Die Frau und die Schwester des Erschossenen, die dem Täter die Waffe entreiben wollten, wurden von dem Mörder ebenfalls niedergeschossen. Nach dieser Verwüstungsthat verübte der Kaufmann Selbstmord. Der Vater der Brüder, der hilflos gelähmt, die Tragödie mitemachen mußte, erlitt einen Schlaganfall, dessen Folgen er im Krankenhaus erlag.

Berliner Produktenbörse.

100 Hektogramm in Reichsmark.		Getreide und Mehl pro 1000 Hektogramm, sonst per 100 kg.	
13. 6.	11. 6.	13. 6.	11. 6.
Weiz., märk.	251-253	Weizl. f. Wln.	10,4-10,9
„pommersch.	—	Roagfl. f. Wln.	9,8-10,3
Hogg., märk.	188-190	Seimjaar	9-10,3
Brauergerste	—	Waps	—
Sommergerst.	—	Erbsen, Wlt.	17,0-23,0
Wintergerste	167-173	fl. Pfefferkörb.	21,0-24,0
Wintererbsen	15,0-17,0	Wintererbsen	15,0-17,0
Safer, märk.	157-161	Winterrüben	16,0-18,0
„pommersch.	—	Südkorn	15,0-17,0
Winterrüben	—	Wicken	16,0-18,0
Weizenmehl	10,0-11,0	Lupine, blaue	10,0-11,0
fr. Berl. br.	—	Lupine, gelbe	14,0-15,5
per 100 kg	—	Gersteb.	—
Wint. Safr.	31,2-35,0	Feinbunten	10,3-10,4
Hoggemehl	—	Erbsenbunten	10,6
fr. Berl. br.	—	Erbsenbunten	8,7
per 100 kg	—	Erbsenbunten	8,7
Wint. Safr.	25,5-27,8	Erbsenbunten	10,0-10,9
		Kartoffel	—

Votales und Provinzialzelles.

Ein Feind der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft des Kreises Torgau macht sich jetzt das Auftreten der Rübenfliege auffallend bemerkbar. Die Blätter der jungen Pflanzen werden von den Larven zerfressen und vertrocknen. Die Befämpfung des Schädlings ist sehr schwer, da es ein durchgreifendes Mittel aufzudecken, außer Fluorantium, nicht gibt. — Auch Rosenpflanz zeigt sich in diesem Jahre auffallend. Viele Bäume sind völlig taub gefressen.

Zur Raucharbeit empfohlen. Ein Händler bot kürzlich in einer mitteldeutschen Stadt Chalkolongo zu je 20 RM. auf offener Markte an und erzielte mit seiner Ware reichenden Absatz. Unter den Käufern erliefen auch ein Vertreter der Papier- und Zettelmacherei der Stadt und erkundete ein Kustobell für den Spitzpreis. Man lud es auf einen Handwagen und ließ durch ein Malat anhängen, das belagtes Möbel auf dem Marktplatz öffentlich auseinandergenommen würde, damit sich ein jeder von der Güte dieser Schilddrüse selbst überzeugen könne. Als nun das Kustobell vor einer großen Menschenmenge aufgeschlitten wurde, ergab sich, daß sein Gehalt aus rohen Asphalten bestand, die Füllung aus Stroh- und Segrasackfäden bestand und daß die Sprengdrüsen höchst minderwertig waren. Nach dieser wertvollen Erfahrung ging der Händler mit dem Rest seiner Raucharbeit eilig davon. Das drastische Vorgehen der Innung hat besser als jede Preisüberwachungsstelle gewirkt.

— **Mißstände im Verfehrungsweien.** Es ist in der letzten Zeit wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß öffentliche Verfehrungseinrichtungen dazu mißbraucht wurden, um unter dem Deckmantel von Zwangsverfehrungen Ausverkauf zu veranstalten (Verfehrungen im Wege des sogenannten „Schlebezugs“). Gegen die Beteiligten ist in den hierzu gezeichneten Fällen ein Strafverfahren wegen Betrugs oder Vergehens gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb eingeleitet worden. Am ähnlichen Vorkommnisse für die Zukunft vorzubeugen, hat der Preussische Justizminister die erforderlichen Anweisungen an die ihm unterstellten Behörden, insbesondere die Gerichtsverfehrer, ergehen lassen. Häufig ist auch die Hilfe des Verfehrungsgerichts in Anspruch genommen worden. Der „Gläubiger“ erwirkt einen Beschluß nach § 825 der ZPO, in dem die Verfehrung einem Auktionator übertragen wurde. Dieser führte die Verfehrung, die nichts anderes als ein verfehrter Ausverkauf war, in der Regel mit großer Kellame durch. Mißbräuchliche Kaufverträge wurden durch den Hinweis in den Zeitungsanzeigen beseitigt, die Verfehrung erfolge „auf Anordnung des Gerichts“ oder „unter Aufsicht eines Gerichtsverfehrers“. Wie der Amtliche Preussische Presse-Verfehrer mittelst, erfuhr daher der Minister für Handel und Gewerbe die Regierungspräsidenten, die Polizeibehörden anzuweisen, die Tätigkeit der Verfehrer sorgfältig zu überwachen und, falls sich dabei Tatsachen ergeben, die den Gewerbetreibenden als unzuverlässig erscheinen lassen, ihn zur Einstellung des Gewerbebetriebs aufzufordern, sowie für den Fall, daß er dieser Aufforderung nicht nachkommt, Klage auf Unterbrechung des Gewerbebetriebs im Verwaltungsstreitverfahren zu erheben. Ferner erfuhr der Minister, den Polizeibehörden sorgsame Beachtung der verschiedenen Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Verfehrer zur Pflicht zu machen.

— **Annaburg.** (Tagung der Kommunalbeamten der Kreise Torgau, Liebenwerda und Schmewitz.) Am Sonntag vormittag tagte hier im Waldschloß die Arbeitsgemeinschaft der Kommo (Kommunalbeamte und Angestellte der Kreise Torgau, Liebenwerda und Schmewitz). Der Vorsitzende, Herr Senfchel-Mühlberg, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Dann überbrachte der Geschäftsführer der Bezirksleitung der Kommo, Herr Thurm-Galle, die Grüße und Wünsche der Bezirksleitung. Für das Gelingen der D.V.B. Annaburg und für die Kommunalverwaltung Annaburg, hat Herr Schöffe Jäger allen ausmächtigen Gästen herzlich willkommen geäußert. Hierauf hielten Herr Eistig-Torgau und Herr Thurm-Galle, die vorgelegten Vorträge. Neben organisatorischen Fragen stand besonders die berufliche Fortbildung auf der Tagesordnung. Es ist besonders anzuerkennen wert, daß auch hier die Kommunalbeamten- und Angestellten trotz der schweren Wirtschaftslage Zeit und Geloopfer bringen, um in ihrer beruflichen Tätigkeit, die sich gerade in der jetzigen Notzeit besonders schwierig gestaltet, stets gerüstet zu sein. Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung fanden die ausmächtigen Gäste noch Zeit und Gelegenheit zur Besichtigung der hiesigen Sehenswürdigkeiten.

— **Dommitshö.** (Ein Tierquälerei bestraft.) Der Pfarrer i. R. Tell wurde durch rechtskräftigen Strafbescheid wegen Tierquälerei zu einer Geldstrafe von 50 RM. verurteilt. Er hatte einen 5-6 Wochen alten Zwerghund lebend in den Abort geworfen und das Tier vor in dem Faltröhr stecken gelassen. Sein Wirtin machte die Hausbewohner aufmerksam. Der Hund wurde noch lebend geborgen.

— **Lebusa.** (Vermißt.) Seit dem 2. Juni wird der Hausdiener B. von hier vermißt. Der junge Mann war am Nachmittag ins Gasthaus gegangen, wo er mit einem Margarineeisenden einige Glas Bier trank. Er fuhr dann mit demselben mittels Autos nach Kirchhain, von wo er bis heute nicht wieder zurückgekehrt ist. Ueber das räthselhafte Verschwinden des jungen Mannes schreibt noch völliges Dunkel.

— **Torgau.** Im Kreis Torgau plant man die Verwirklichung eines umfassenden Projektes, das die Melioration von 4600 Morgen Land im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes vorsieht. Die Ausführung des Vorhabens würde unter normalen Lohnbedingungen einen Kostenaufwand von 1500 RM. verursachen. Es fanden bereits Verhandlungen wegen Gründung einer Wasserregenerations-Gesellschaft statt. Vorgezogen ist zunächst einmal die Entwässerung eines Gebiets nördlich der Eisenbahnlinie Eltenburg-Torgau in einer Breite von 6 und einer Länge von 14 Kilometern, wobei 2000 Kubikmeter Erdmassen bewegt werden müssen. Die Vorarbeiten für dieses Projekt sollen so durchgeführt werden, daß mit den Arbeiten bereits im Herbst dieses Jahres begonnen werden kann. Voraussetzung ist jedoch, daß die Finanzierungsfrage geregelt ist.

— **München.** (R. Liebenwerda), 11. Juni. (Vereitelter Selbstmord.) In den Abendstunden wurde hier folgender Vorfall beobachtet: Eine Frau strebe über die überschwemmten Wiesen der durch unternen Ort fließenden Elster zu. Einem zufällig durchfahrenden Reisenden kam dieses Verhalten sehr merkwürdig vor, zumal die Fremde vollständig angekleidet war. Auf Befragen antwortete sie, daß sie ihrem Leben durch Ertrinken ein Ende machen wollte. Es gelang jedoch, sie zum Verlassen des Wassers zu bewegen.

— **Bitterfeld.** 12. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendvormittag am scharfenlosen Bahnübergang in der Antonienstraße. Als der 52 Jahre alte Maschinenist Karl Nagel mit dem Kabe den Uebergang passieren wollte, wurde er von einer Rangierlokomotive erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift. Mit schweren Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

— **Oberpeifen.** (Gräßlicher Mordverbrechen am eigenen Kinde.) Ein hiesiger Familienkreis wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da der junge Ehemann von einem Angehörigen begünstigt wird, vor einem Vierteljahr an seinem damals erst einige Wochen alten Kinde einen Mordverbrechen vorgenommen zu haben. Er soll das Kind mit einem Holzbehalter in den Waldraum geschoben haben, um Beschwerden herbeizurufen, die aufhören den Tod herbeiführen sollten. Es ist bekannt, daß zu der genannten Zeit das Kind tatsächlich schwer erkrankt war und in das Krankenhaus untergebracht werden mußte; es war eine Schwellung des Mastdarms sowie des Leibes eingetreten.

Die Ursachen konnten aber nicht einwandfrei festgestellt werden. Der Täter hat jetzt seine Tat eingestanden.

— **Salle.** (Gefährlicher Schuß unglücklich gemacht.) Am Mittwoch gegen 0.15 Uhr wurde ein Polizeibeamter auf einem Kontrollgange von Zivilpersonen darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf dem Plage an der Schloßstraße mehrmals beschossen worden seien. Beim Abschießen des Plages erwiderte der Beamte in einiger Entfernung einen Mann, der als Täter bezeichnet wurde und der sich in Deckung auf die Erde niedergelegt hatte. Auf die dringliche Aufforderung aufzukommen und die Arme hochzuheben und nach Androhung des Waffengebrauchs, gab der Täter einen Schuß ab. Nunmehr erwiderte der Beamte das Feuer. Beim Abschießen des Plages mit dem inzwischen alarmierten Ueberfallkommando wurde der Täter verlegt aufgefunden und sofort der Klinik zugeführt, wo ein Brustschuß festgestellt wurde.

— **Wiesenfels.** 12. Juni. Ein schweres Bootsunglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der Nähe des Strandbades, vor den Augen zahlreicher, entlegener Zuschauer. Ein mit drei Personen besetzter Kanadier, der sich zu weit an das Wehr herangemagt hatte, schlug plötzlich um. Der 29 Jahre alte, frühere Reichswehrfeldwebel und jetzige Verordnungsamtwärter Georg Noke wurde von einem Strudel in die Tiefe gerissen und ertrank. Seine Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden. Die Frau und der Bruder des Ertrunkenen, die mit ihm im Kanadier gewesen waren, wurden mit Hilfe zweier Bademeister an Land gezogen. Das Unglück ereignete sich 24 Stunden vor der Hochzeit Noles.

— **Mühlhausen.** (Das Goswert verheißt 2 Millionen Mark.) An der Bekämpfung der Maltäfer-Invasion, zu der die hiesige Polizeiverwaltung aufgefordert hatte, hat sich das städtische Goswert ebenfalls beteiligt. Das Wert kaufte in dem kurzen Zeitraum von 8 Tagen über 47 Ztr. Maltäfer für 237 Mark an und führte sie den Hochgluten der Goszerzeugungsböden zu. Es ergibt sich demnach — da auf ein Pfund im Durchschnitt 24 Stück zu rechnen sind — eine vernichtete Menge von über zwei Millionen Maltäfer.

Gingelandt.

Unterzeichneter ersucht, freiwillige Arbeitsdienstwillige unentgeltlich zur Säuberung der Thiergartenwege mit Weien und Harle morgen Mittwoch vormittag 8 Uhr an der Post zu sein. Punte.



Gemüse kocht man schmackhaft mit

MAGGI Fleischbrühe
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

- - nein - „loses“ Persil gibt es nicht!

Persil *edda* nur in Originalpackung!

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, danken wir allen für die schönen Kranzspenden und das ehrende Grabgeleit. Besonders danken wir dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, sowie Herrn Konrektor Brautmann für die Ausschmückung der Feter durch sein Harmoniumspiel. Innigen Dank auch Herrn Pfarrer Schöck für die zu uns Herzen gehenden Trostesworte.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Minna Schurig.
Annaburg, den 14. Juni 1932.

Mit Leid und Schmerzen tief verbunden,
So liebend, so hoffnungreich,
Halt Du nun hier Dein End gefunden
Und liegst jetzt erlöst und bieder,
Schlaf wohl in Deinem Kämmerlein!
Wir denken stets in Liebe Dein.

Reiche Auswahl in
Dessert-Gebäck!

Russisch Brot	1/4 Pfd.	65 Pf.
Feinstes Buttergebäck	1/4 „	50 „
(mit Schokoladendübeln)		
Romydina-Mürbegebäck	1/4 „	30 „
Fruchtwaflen	1/4 „	30 „
Schokoladen-Wafler	1/4 „	35 „
Leckerlin-Wafler	1/4 „	28 „
Suppen-Mandelmatronen	1/4 „	95 „
Albert-Keks	Palet (15 Stück)	35 „
Mollereibutter-Keks	Palet	45 „

J. G. Fritzsche

Morgen Mittwoch abend
6 Uhr soll das
Gras
auf meiner **Haldewiese** verpackt werden.
Anna März, Naundorf.
Jirka Morg. Gras
und **Küden**
hat abzugeben
Schulze, Mühlenstr. 21.
Hühnerweizen
ist eingetroffen. Bitte den-
selben gegen Bezahlung von
RM. 6.50 für den Zentner
in meinem Speicher am Klein-
bahnhof abzuholen.
Werner Otte.

Fischfutter
empfehl
S. Rühlig's Nachf.
Inh.: **Martha Müller**
Mühlenstr. 40.
Frachtbriefe
Kolli-Anhänger
empfehl die Buchdruckerei

Oberhemden, Einsatz-, Wochend- und Nachklohemden Herren-Nakko-Jacken und Hosen
Damen- und Kinder-Strümpfe in Seide, Flor und Wafschleide
Sinder-Söckchen von 25 Pf. an
Badelaken, Frottiertücher
Badeanzüge, Turnerhosen und Jacken
Sebastian Schimmeyer.

Billige Heinewürstchen!

3 Paar-Dose Jägerwurst	0.48 M.
5 Paar-Dose Delikatess-Würstchen	1.35 M.
3 Paar-Dose Delikatess-Würstchen	0.75 M.
15 Stück Bodwürste	3.60 M.

J. G. Fritzsche.

Vergessen Sie nicht
bei Vergebung Ihres Bedarfs an Drucksachen bei uns anzufragen!
Wir liefern Ihnen sämtliche
DRUCKSACHEN
für Industrie, Gewerbe und Privat
schnell, sauber und preiswert.
Buchdruckerei Steinbeiss
Annaburg, Fernruf Nr. 224

Viktoria-Nähmaschinen
Anker-Nähmaschinen
In großer Auswahl
Bestes deutsches Fabrikat
Langjährige Garantie!
Kostenlos Unterriht im Nähen, Gliden und Stopfen.
Freie billige!
Belegierte Zahlungsbedingungen.
Markt 20
Fernruf 253

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg



Aufgaben des praktischen Christentums
Die christlichen Kirchen an die Staatsmänner in Lausanne.

Am 1. Juli des Jahres 1931 wurde für praktisches Christentum in Basel eine internationale Studienkonferenz über Arbeitslosigkeit abgehalten, die sich aus Vertretern der Kirchen in Deutschland, Frankreich, England, Holland, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Vertretern der Wirtschaftszusammenarbeit. Die Präsidenten des Christentumsrates und der Öffentlichkeit in einem umfassenden Bericht die Ergebnisse der Konferenz. Gleichzeitig verfassten sie die Staatsmänner der in Lausanne vertretenen Länder der besonderen Aufmerksamkeit und Teilnahme, mit der sie auf die Verhandlungen in Lausanne gingen, und geben ihnen ernstlichen Wünschen und der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen der Konferenz zu einem wirklichen Erfolg führen werden.

Der Bericht legt eingehend den besonderen Charakter der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis dar und hebt vor allem die Verdrängung der früheren weltumfassenden Arbeitsgemeinschaft durch die Folgen des Krieges hervor, an deren Stelle das Streben nach wirtschaftlicher Wohlstand getreten ist. Von der Entscheidung zwischen den beiden Möglichkeiten Weltwirtschaft oder Autarkie

ist die Gestaltung des Lebens von vielen Millionen abhängig. Die Verdienstmöglichkeiten sind von dem hohen Wert einfacher Lebensformen und den großen seelischen Gefahren einer materiell verfeinerten und verschärften Lebenshaltung durchdrungen, glauben aber, daß eine Herabdrückung der materiellen Lebensmöglichkeiten unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auf die Dauer die schwersten sozialen und geistigen Erschütterungen zur Folge haben müßte, und fordern daher als zur Zeit entscheidende Aufgabe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

die Befestigung der Gemeinschaft, die sich dem freien Austausch der wirtschaftlichen Kräfte über die Welt hin und ihrem Zusammenwirken entgegenstellen. Eingehende Darlegungen sind der Weltverschuldung

den internationalen Schulden und den Reparationsschulden — gewidmet, die die internationalen Beziehungen vergiftet. Es erhebt sich die Frage, ob nicht ein Teilhalten an diesen Verpflichtungen neuen Erschütterungen führt und ob nicht eine Verminderung dieser Lasten ein Gebot des Tages ist. Die Befestigung der zwischenstaatlichen Verständigung ist um so mehr geboten, als ihre Abtragung nur durch Warenlieferungen erfolgen kann, die die Wirtschaft der empfangenden wie der leistenden Staaten fördern, und als inzwischen eine wesentliche Steigerung des Geldwertes eingetreten ist, die einer Erhöhung der Schuldlast gleichkommt. Auch auf die verheerenden Folgen der massenhaften Räumung kurzfristiger Kredite wird hingewiesen. Für

die Neuregelung der Schulden sollte der Grundgedanke der gleichmäßigen Verantwortlichkeit von Gläubiger und Schuldner maßgebend sein. Alle Erfolge verprechenden Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und alle Vorfahrungen zur sinnvollen Beschäftigung und zur Erhaltung der körperlichen, sittlichen und geistigen Gesundheit der jungen arbeitslosen Menschen sind in jeder Weise zu unterstützen.

Aufgabe der christlichen Kirchen
Ist es, ihren erzieherischen und selbstgerichteten Einsatz dafür einzusetzen, daß die Krise dieser Zeit vor allem von den am schwersten betroffenen Volksschichten und jedem einzelnen ohne inneren Zusammenbruch ertragen werden können.

Die Kirchen stehen mit ihrem Glauben seit langem im Kampf gegen das Elend der Arbeitslosen. Aber sie haben die Führung der Staaten und der Wirtschaft nicht in der Hand. Sie können zu dem praktisch entscheidenden Zum tun aufgerufen; sie tun es mit dem tiefsten Ernst und mit der größten Eindringlichkeit. An jedem weiteren Tag tönt an irgendeiner Stelle der Erde aus Not und Verzweiflung der Massen oder der Wälder das Chaos aufbrechen. Deshalb darf unser Ruf zum entscheidenden Handeln nicht ungehört bleiben.

Gewährung von Straffreiheit.

Annektationsbeschlüsse des Reichsausschusses des Preussischen Landtages.

Nach längerer Ausdrache wurde im Reichsausschuss des Preussischen Landtages der nationalsozialistische Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit mit wesentlichen Modifikationen und verschiedenen Änderungen angenommen. Nach der angenommenen Fassung

wird Straffreiheit gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes von preussischen Gerichten rechtskräftig erkannten und noch nicht verurteilten Straftaten, soweit die ihnen zugrunde liegenden Strafen aus politischen Beweggründen beantragen wurden sind. Die bei den Gerichten schwebenden Straftaten dieser Art sollen eingeleitet und neue Verfahren wegen solcher Taten nicht eingeleitet werden.

Bei Dienstvergehen und Dienststraftaten, die gegen unmittelbare oder mittelbare Beamte des Staates, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und auch gegen Lehrer und Personen im Vorbereitungsdienst wegen politischer Meinung oder Befähigung verhängt oder eingeleitet wurden, sollen die Bestimmungen des Entwurfs entsprechende Anwendung finden.

Ausgeschlossen von der Straffreiheit bleiben Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse. Auf Antrag des Zentrums wurde noch beschlossen, daß ebenfalls ausgeschlossen werden sollen Brandstiftung und vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransportes.

Vermerke über auf Grund des Gesetzes erlassene Strafen sollen im Strafregister getilgt werden, entsprechend auch Vermerke über Dienststrafen.

Durch Annahme eines kommunistischen Antrages wurde die

Einführung eines Amnestieauschusses beim Landtag beschlossen, der richterliche Entscheidungen, die eine Straffreiheit verlangen, nachprüfen soll. Der Ausschuss soll die Beschlüsse haben, die er ergangen Entscheidungen ganz oder teilweise zu ändern, und soll auch für die Befreiung der Frage zuständig sein, ob die Einleitung eines neuen Strafverfahrens mit den Bestimmungen dieses Gesetzes über Straffreiheit in Einklang steht.

Angenommen wurde auch teilweise ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Straffreiheit auch den Personen zu gewähren ist, die

infolge wirtschaftlicher Notlage, besonders wegen Arbeitslosigkeit, straffällig geworden sind, falls sie bei Begehung der Tat nicht oder nicht erheblich vorbestraft waren und sofern die Tat nicht von besonderer Misset, Gewinnlust oder Niedrigkeit der Befähigung zeugt.

Der Ausschuss beschloß noch eine zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Straffreiheit vorzunehmen. Er wird dann außerdem noch Anträge auf Freilassung des Bauernführers Klaus Heim und auf Maßnahmen über die Straffreiheit bei Unterbrechung der Schwangerschaft beraten.

Die Tochter des Königs von England, Prinzessin Mary, empfangt in ihrem Londoner Hause eine Abordnung von fünf deutschen Oberoffizieren unter der Führung von Grafen Sardenberg, die zu Verhandlungen über die englisch-deutschen Austauschbestrebungen nach England gekommen sind. Prinzessin Mary hatte vorher bereits die deutschen Namen durch die Oberbefehlshaber des Franzosenhauses in Leeds begrüßt und ihre Freude über deren Besuch in England ausgedrückt lassen.

Stützmaßnahmen für den Erzbergbau.

Klauges über seine Berliner Verhandlungen.

Bei der Beratung der zur Stillelegung des Sarze Erzbergbaues eingebrachten Anträge im Braunschweigischen Landtag gab Innenminister Klauges Kenntnis von dem Ergebnis seiner Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium und von einem Kabinettsbeschlusse der neuen Reichsregierung, die sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß der deutsche Erzbergbau grundsätzlich erhalten werden müsse.

Das Reichskabinett habe sich nicht dazu entschließen können, grundsätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treffen oder einzuleiten, um den Bergbau auf die Dauer zu erhalten.

Das Kabinett habe beschlossen, mit Subventionen vorzugehen. Er, der Minister, fordere grundsätzliche Maßnahmen, durch die die Hilfe auf eine Basis gestellt würde, die eine Subventionierung nicht mehr notwendig mache. Das Kabinett habe sich die Durchführung der Subventionierung so gedacht, daß 50 Prozent vom Reich und 50 Prozent von den beteiligten Ländern zu tragen seien. Da aber das Reich die Subvention in Höhe von 50 Prozent nur an Privatbetriebe, nicht aber an im Staatsbesitz befindliche Betriebe gewähren wolle, sei den Ländern nicht gelungen, da sie die Kosten einer Subventionierung nicht tragen können.

Gegen die Tributzahlungen.

Ausschließung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der in Berlin tagende Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat eine Entschlossenung zur Arbeitnahme gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Welt steht heute vor der nicht mehr aufzudeckenden Pflicht, das Reparations- und Kriegsschuldnenproblem endlich zu lösen, um diese unheilvolle Quelle politischer Gefahren und wirtschaftlicher Katastrophen zu beseitigen. Die Konferenz von Lausanne darf deshalb weder verlagert werden, noch darf sie die Lösung der Probleme hinausziehen. Eine weitere Zuspitzung der Lage müßte die Folge der Verzögerung sein.

Der Internationalen Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es im Interesse des wirtschaftlichen wie politischen Friedens nur eine vernünftige Lösung gibt: Unter das Reparationsproblem muß der Schlußriß gesetzt werden! Wenn jedoch die politischen Verhältnisse diese Entzweiung ohne neue Verhandlungen nicht gestatten, so muß die Lausanner Konferenz wenigstens zu einem

allgemeinen Moratorium von mindestens zehn Jahren

gelangen, das die Möglichkeit schafft, die internationale Selbstbehauptung der Völker wiederherzustellen und an Stelle des Wirtschaftskrieges die Zusammenarbeit zu setzen, die allein den gemeinsamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen kann.

Sind noch Kriegsgefangene in Frankreich?

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Quack hat an das US-Vertreteramt in ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Der Fall Daubmann gibt mir Veranlassung zu der Bitte um Mitteilung, was das Auswärtige Amt veranlaßt hat, um festzustellen, wieviele Kriegsgefangene noch immer in französischen Gefängnissen, Strafhaftorten oder unter anderen Vorwänden als denen der Straffreiheit zurückgehalten werden.

Wie die NSR. mitteilt, wird am Dienstag, den 14. Juni, von 19.00—19.30 Uhr, Gregor Straffer im Rundfunk über das Thema „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“ sprechen. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen.

ROMAN VON **Das Schicksal** VON **HEINRICH SCHUBERT** ERSTES BUCH **Spricht das letzte Wort** VON **HEINRICH SCHUBERT**

(34. Fortsetzung)

„Uff!“ machte er und lant geradewegs in einen der Korbstühle in der Diele. Weier hatten die Füße ihn nicht mehr zu tragen vermocht.

Auf Arbeitszimmer tat sich auf und beim Anblick der Tante seines Gebiets zwang er Knie und Schenkel mit Gewalt in Schach. „Weiß denn jemand um die Sache?“ fragte sie deprimiert.

Dann konnte er sich nimmer helfen. Und vor ihr gab es auch kein Weigern und Vertuschen. Die Professorin mußte soviel wie er, wenn es nicht noch mehr war. „Ist der Graf wirklich tot, anständige Frau?“ Sein Mund war ganz verfallen, als er das fragte.

„Gott sei Dank lebt er. Aber knapp am Sterben ist's vorbeigezogen.“ Sie gab ihm kurz über alles Weisheit. Dann sprach Gerd. „Nach Ulla hatte von dem Ueberfall auf den Rasenboten nichts gehört. Man hatte genug mit sich selbst zu tun gehabt. Und die Ulli, die sonst alle Neuigkeiten mußte, war auch nicht dazugekommen, es bei einem kleinen Trausch zu erfahren. Von Gerd erfuhr Ulla auch, wie sich die Katastrophe im Atelier abgespielt hatte, und daß Ecelin mit dem Bruder geflohen war.“

„Man muß ihn zu erreichen suchen“, sagte sie nachdenklich. „Hat er denn nicht gesagt, wohin er fährt?“

„Er wollte nach Frankfurt und von dort den Kanal erreichen.“

„Jessas na, so ein Blödsinn! Als wenn eine heutzutage mit einem so großen Wagen noch ausreifen könnte! Und alles um die Ulli. Die Ecelin, das arme Schicksal, tut mir am meisten leid.“

Und dann tat Gerd das Klügste, was zu tun war: Er fragte in Frankfurt und bei noch einem Duzend anderer Firmen in anderen Städten an, ob Herr Eterholm nicht vorgeproben habe oder doch wenigstens gesehen worden war.

Es war nicht der Fall gewesen.

Und während Gerd und Ulla sich der Vermutung hingaben, daß die beiden womöglich schon den Kanal erreicht

hatten, fuhrn Luß und Ecelin den breiten Boulevard von Budapest hinab.

Diesen Abend schloß sie, das erstemal seit achtundvierzig Stunden, wieder in einem Bett. Sie hatten, um jeden Verdacht zu vermeiden, ein kleines privates Wohnquartier gemietet und sich als Mann und Frau in die Weidewiese eingetragenen. Die alte Dame, bei der sie wohnten, sah in ihnen ein Paar, das seine Fittchenmädchen kostete. Sie war ganz Güte und Entgegenkommen. Ach, es gab noch Menschen, die sich liebten! Und der junge schöne Mann mit der vereinzelt grauen Strähne an den Schläfen vergögerte das schöne junge Weib.

Es war heiß in dem kleinen Manfardenzimmer. Obwohl die Tiere nach dem kleinen Balkon offen standen, brannte die Hitze von den Wänden. Er war völlig erschöpft. Die Angst um Luß, die Heße und alles andere hatten das ihre getan, sie völliger Apathie nahezuverbringen.

Luß war rührend in seiner Sorge. Er deckte das Bett für sie ab, kniete nieder und half ihr die Schuhe abstreifen. Als unten an der Gartentüre die Klingel anstieß, sprang sie nach dem Balkon und sah hinab. Es war nur ein Briefträger. Er schloß, wie eine Geistes, stieß sie über Luß' Wangen.

Er sah bei ihr, bis sie eingeschlafen war und hielt ihre unruhigen Finger in den seinen. Ueber sie geneigt, wartete er noch eine Weile, rief sie zweimal laut beim Namen, und als sie nicht erwachte, verließ er auf den Zehenstippen den Raum.

Eine halbe Stunde später kam er mit Zeitungen wieder zurück. Schon den Niegel vor, neigte sich zuerst über die Schwester und schaltete dann die Nachtlampe ein. Fieberhaft begann er in den einzelnen Blättern zu suchen. Keine auch noch so kleine Notiz entging ihm. Aber es fand sich nichts. Nur in den Wiener Zeitungen fand festgedruckt, daß im Hause Prinz Eugen-Strasse 86 ein Ueberfall auf einen Rasenboten verübt worden war, und daß man vergeblich nach dem Täter suchte.

Er schüttelte den Kopf. Fast zu gleicher Zeit hatte er oben in Ullas Atelier Viktor Puppardt niedergelegen. Aber es ließ sich wohl vorläufig nichts tun, als hier zu bleiben. Mit unsicheren Händen begann er sich auszukleiden.

Ecelins blondes Haar leuchtete auf dem Kissen. Er lehnte die Wangen dagegen und trant den Duft des präbendeten Geloches in sich ein. Ob eine andere Frau, gleichviel welche

es war, das für ihn tun würde, was sie für ihn getan hatte? Es war das erstemal, daß er der Mutter Dant mußte, weil sie ihm die Schwester geboren hatte, dieses Lüge, engstellige Geschöpf, das ihm die größte Not seines Lebens ertragen ließ.

Er war so müde, daß es ihm eine Ueberwindung kostete, den Kopf zu drehen und die Lampe auszuknippen.

„Morgen“, dachte er, „morgen. Wieviel!“

„Mauschwarz lag die Nacht vor den Fenstern der Mandarde.“

Die Hitze der letzten Tage war drückend gewesen. Die Nacht zum Sonntag hatte das längst ersehnte Gemüth gebracht, und das, ohne viel Grollen und irgenwelchen Schaden anzurichten vorübergegangen war, mutete es unendlich heimlich an, daß nun am Morgen des Feiertages der Regen noch immer in leisen, wohlthuend kühlenden Strömen herobrieselte.

Er ritt gegen den weißen Blechfuss des Fensters, hinter dem Viktor Puppardt lag. Die Krankenschwester, die ihn des Nachts betreute, hatte, froh über die Abkühlung, die beiden Flügel zurückgelehnt, so daß die frische Luft ungehindert hereinströmen konnte. Als sie nach dem Bett zurücklief, nicht ihr der Graf lächelnd zu.

„Uff!“ Mit ein paar schnellen Schritten stand sie bei ihm. „Das ist einmal ein richtiger Sonntagmorgen!“

„Er nicht. Ach bin wohl bei Frau Eterholm?“

„Aber?“

„Was es nicht möglich, mich nach Langenbach zu bringen?“

„Es war nicht möglich, nein!“ Dabei legte sie einer ihrer Finger, ohne daß er es gemerkt wurde, auf den Ringelknopf.

„Sie haben die ganze Woche im Fieber gelegen.“

„Er lag nachdenklich auf das Blechfenster des breiten Bettes, das in der Halle des Sonnenloches Tages in matten Glanz lag. In seinem Rücken ging eine Tür und Ullas Stimme jagte hocherfreut: „Ja, aber das heißt ich einem Sonntagstreud mach!“ Sie sind doch ein wirklich lieber Mensch, Viktor, daß Sie sich das „Gut-Morgen-wünschen“ so schön ausgesucht haben! „Julianten heiß“, wo's draußen gar tief brennt, nicht! Wie geht's denn?“ Ein wenig ätzig rann, lügend, fuhr ihre Hände über seinen Arm. „It es noch arg mit den Schmerzen?“

„Ach verpüre beinahe nichts mehr.“ (Fortf. folgt.)

Keine englisch-irische Einigung.

Ergebnislos abgebrochene Verhandlungen. Die englisch-irischen Verhandlungen in London wurden nach mehr als vierstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

Kurz nach 17 Uhr vertiefte McDonnald das Gebäude, ihm folgte de Valera, der wiederum von der Menge mit begeisterten Rufen begrüßt wurde. Er reiste noch am Abend nach Irland zurück.

In einer Erklärung an die Presse sagte Thomas, die Verhandlungen seien mit außerordentlich gutem Summe geführt worden und alles sei ruhig vor sich gegangen. Als ein irischer Journalist de Valera fragte, wann die Verhandlungen fortgesetzt würden, antwortete dieser: „Ich würde Ihnen raten, mit dem nächsten Zuge nach Hause zu fahren.“

Die verlorene Verhandlung de Valera während der Verhandlung auf der Abschaffung des Treuereides, wobei er betonte, daß er diese Maßnahme keineswegs für eine Vertiefung des englisch-irischen Vertrages halte. Er deutete an, daß er nicht von seiner Haltung abgehen könne, da ihm bei den Wahlen das ausdrückliche Mandat zur Abschaffung des Treuereides erteilt worden sei. Da andererseits die englische Regierung ebenfalls zu seinem Nachgeben bereit war, waren die Besprechungen sehr schwierig.

Eine amtliche Verlautbarung besagt: „Die zur Erörterung stehenden Punkte wurden in langen Verhandlungen besprochen. Es wurde jedoch nicht für möglich gefunden, eine Vereinbarung zu erreichen.“

Erregung in Dublin.

Die Kunde von dem Zusammenbruch der englisch-irischen Verhandlungen wurde der Bevölkerung in Sonderausgaben der de-Valera-Zeitung „Evening Press“ bekanntgegeben.

Überall herrscht die größte Erregung. Die Überwachung ist groß, da man nicht an den Abbruch der Verhandlungen, sondern an die Möglichkeit ihrer Fortsetzung zu einem späteren Zeitpunkt glaubt.

Jubiläumstagung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält in Berlin seine 62. Vollversammlung ab. Er ist damit gleichzeitig auf eine 60-jährige Tätigkeit zurück. Sein Aufgabenfeld liegt darin, die Interessen der Landwirtschaft nach innen und nach außen wahrzunehmen. Das Hauptgewicht liegt darin, der Regierung gegenüber die Forderungen der Landwirtschaft zu vertreten, aber auch betriebswirtschaftlich der Landwirtschaft zu helfen.

Zur Erleichterung und besseren Durchführung der vielfältigen Arbeit sind beim DLR verschiedene Abteilungen für die einzelnen Arbeitsgebiete geschaffen worden, so die Zentralstelle für Reichsstatistik und Wirtschaftsentwicklungsstelle, die Verbindung mit der Presse und damit mit der Öffentlichkeit beruht. Seit 1924 hat auch die Preisberichterstattung ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können, die während des Krieges geruht hatte, und die der Unterrichtung der Landwirtschaft über die Marktwirtschaftsbedingungen. Die konjunkturellen Erhebungen der Preisberichterstattung haben dabei besondere Bedeutung gewonnen.

Die „Börse“ Schmelzings.

Einmündige Verfügung gegen die Verdienste Schmelzings aus dem Meistertätigkeitskampf.

Der New Yorker Rechtsanwalt des italienischen Forers Carnera erwirkt eine Vollmacht, auf die Verdienste Schmelzings aus dem Meistertätigkeitskampf festzusetzen zu legen. Diefem Vorgehen liegt eine Schadensersatzklage von Carnera für einen ausgefallenen Kampf im September 1931 zugrunde.

Das Schicksal spricht das letzte Wort

(35. Fortsetzung.)

Die Schwester hatte das Gefühl, als ob die beiden Menschen sich irgend etwas zu sagen oder zu fragen hätten, das nur durch ihre Gegenwart verhindert wurde. Hinter dem Vorwand, sie wolle nach dem Frühstück gehen, verließ sie das Zimmer.

Aber Ulla hatte nicht den Mut, jetzt gleich, nachdem er das erste Mal fieberfrei war, an das Geschehene zu tippen. Sie erzählte ihm von den täglichen Besuchen des Vaters und Wiß Hetterfelds, merkte, wie er sich erregte und auf etwas zu warten schien und machte eine Andeutung: „Der Lutz hat eine gehörige Gewissensthat auszufehen“, er meint, Sie sind tot.“

„Wellest wäre es besser, wenn er recht hätte mit seiner Meinung, gnädige Frau!“

„Aber geh'n's, wer wird denn so was sag'n! Wir wissen gar nicht, wo mein Kesse ist. Er ist schließlich gegangen, nachdem 's passiert ist!“

„Ja, aber warum denn, Frau Professor? Er kann doch nicht das geringste dafür!“

Einen Augenblick ließ sich Ulla verflüchten, dann sah sie ihn zwingend an. „Wer soll denn nachher Schuld sein, Viktor?“

Eine leichte Röte stieg in das erschrockene blaße Gesicht. „Ich selber! Ich habe entschieden zuviel von Ihrem Viktor konsumiert, gnädige Frau. Es ist mir schrecklich, daß ich durch meine Ungehörigkeit die Wüste zu Fall brachte. Sie hat mich mitgegeben. Ich muß gegen irgendeinen Gegenstand gefallen sein. Mehr weiß ich nicht mehr. Sie glauben mir nicht?“ erregte er sich, als er ihr seines Schicksal sah.

„Und der Lutz?“

„Er meid es, in Ihre Augen zu sehen. Es hat so etwas wie eine Aussprache zwischen uns stattgefunden. Dabei muß ich wohl mit dem Armin geflüstert haben, so daß die Wüste fiel.“

Hochwasserkatastrophe in der Prignitz.

80 Prozent der Ernte vernichtet.

Das Hochwasser der Elbe hat dazu geführt, daß in der Prignitz Tausende von Morgen Grünlandflächen vollständig überflutet sind. In Landwirtschaftskreisen fürchtet man, daß sich die fürchterliche und folgenschwere

Erntekatastrophe des vorigen Jahres wiederholt.

Die Seuerne, die in diesem Jahre überaus günstige Aussichten bot, ist zum größten Teil überhaupt unmöglich geworden. Am schlimmsten betroffen wurden die in Flutungen gelegenen Weiden und Weiden. So müssen die Anlieger der Barthe nachrechnen, daß mehr als 80 Prozent der Ernte vollständig verloren sind. In manchen Orten mußte sogar das Vieh von den Koppeln getrieben werden. Stellenweise mußte bereits Heu der diesjährigen Ernte verfüttert werden. Dazu kommt, daß die Landwirte zur Zeit infolge Abwismangels nicht in der Lage sind, ihr Vieh zu verkaufen, es andererseits aber auch wegen Futtermangels nicht gehalten können. Auch das Holz in der Gegend, das sich bisher besonders gut entwickelte, hat sich durch die geringen Niederschläge aus schwerer geschädigt worden. Der Roggen liegt teilweise wie gewalzt am Boden.

Neuer Chinesenaufstand gegen Japan.

Moskau. Nach einer russischen Meldung aus Chorbün ist bei Kirin ein neuer Aufstand gegen die Japaner ausgebrochen. Die japanischen Truppen mußten sich hinter Kirin zurückziehen. Zwei japanische Bombengeschwader sind zur Verstärkung aus Tschangschun nach Kirin abgezogen.

Nah und Fern

Diebstahl in der Staatsbibliothek. In der Staatsbibliothek in Berlin ist ein ansehnliches Hilfsarbeiter, des Sohnes eines verstorbenen deutschen Gelehrten, aufgebeugt worden. Es handelt sich bei den gestohlenen Büchern um zum Teil außerordentlich wertvolle Werke, die von dem ungetreuen Angestellten bei verschiedenen Antiquariaten verkauft worden sind. Die Staatsbibliothek hat sich mit den Antiquaren, von denen die gestohlenen Werke erworben wurden, in Verbindung gesetzt, um das Eigentum zurückzuholen.

Immer mehr falschgünser. In Leipzig-Bismarck wurden ein Mann und eine Frau festgenommen, die überführt wurden, falsche Fünfmarkstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht zu haben. Eine Prägemaschine, die zur Herstellung des falschen Geldes diente, wurde beschlagnahmt. In der Wohnung der beiden Verhafteten wurde eine große Anzahl neugeprägter falscher Fünfmarkstücke, die aus minderwertigem Metall hergestellt waren, vorgefunden.

Schweres Straßenbahnunglück. In Groß-Zdillingen ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück. Ein Stalabedel der Straße war aufgehoben und auf die Fahrbahn gefallen. Der Führer eines Straßenbahnwagens, der erst im letzten Augenblick das Hindernis bemerkte, stoppte den Wagen rudertig ab. Ein Zug, der dicht hinter ihm kam, konnte nicht mehr anhalten und stieß auf den ersten Wagen auf. Hierbei wurden eine Person schwer und zwei leicht verletzt.

Muttag im Fieberwahn. Ein auffeherregender Vorfall spielte sich in Rön-Holweide ab. Ein nur mit einem Hemd bekleideter junger Mann lief auf der Straße laut geflüstert mit einem Messer herum und schlug plötzlich auf einen 69-jährigen Mann ein, der schwere Verletzungen davontrug. Der junge Mann, der sich während der Vernehmung als Sinderits bemerkte, kloppte den Wagen rudertig ab. Ein Zug, der dicht hinter ihm kam, konnte nicht mehr anhalten und stieß auf den ersten Wagen auf. Hierbei wurden eine Person schwer und zwei leicht verletzt.

Neue Millionenschiebungen. Die Essener Kriminalpolizei ist Millionenschiebungen, an denen mehrere Düsseldorf-er Kriminalisten beteiligt sind, auf die Spur gekommen.

Die Hauptbeteiligten sind ins Ausland geflohen, so daß sie bisher nicht festgenommen werden konnten. Die Schiebungen erfolgten in der Weise, daß von den Flüchtlingen im Ausland Millionenwerte erklaffiger deutscher Industriepapiere aufgekauft, nach Deutschland eingeführt und an der Berliner Börse verkauft wurden. Der Gegenwert wurde dann in deutscher Reichsmark über die Landesgrenze verschoben. Über die genaue Höhe der Beträge kann erst Näheres mitgeteilt werden, wenn es gelingt, die Flüchtlinge festzunehmen.

Im Tod in den Bergen. Von der Schiffsfahrerband führte der Tourist Seifert aus Nürnberg ab. Die Bergungsaktion fand den Wegführten am Fuße der Wand auf. Der Name eines Begleiters des Bergungsländers, der den Unfall gemeldet und sich dann weitergeben hatte, konnte nicht festgestellt werden.

Funf-Ecke

Wittwoch, den 15. Juni:

Deutsche Welle 1935

9.00: Reich nach Berlin * 9.30: Britische Duffee. * 10.10: Bericht auf einem Elbfloß. * 10.45: aus Leipzig: Bericht vom Funf-Eck. * 11.00: Tierparkerei wider Willen. * 11.45: Was will die Deutsche Wode 1932? * 12.00: Der junge Lehrer. Das Generationenproblem * 12.30: Nachmittagskonzert. * 12.30: Das Wirtshaus über die Landesgrenze. * 12.45: Bericht über die Konferenz des Tages. * 13.00: Am Vorabend der Lausitzer Konferenz. * 13.20: Fern Jahre. * 13.40: Bericht über die Konferenz. * 14.00: Grenzbericht. * 14.30: aus Wien: Funf-Eck. * 15.00: Wien bleibt Wien.

Donnerstag, den 16. Juni:

Deutsche Welle 1935

9.00: Aus einer schlesischen Grube. * 9.30: Bericht aus Breslau. * 10.10: Landrechtlicher. * 10.45: Die dramaturgischen Gattungen des Bauhauses. * 11.00: Bericht über die Konferenz. * 11.45: Was will die Deutsche Wode 1932? * 12.00: Der junge Lehrer. Das Generationenproblem * 12.30: Nachmittagskonzert. * 12.30: Das Wirtshaus über die Landesgrenze. * 12.45: Bericht über die Konferenz des Tages. * 13.00: Am Vorabend der Lausitzer Konferenz. * 13.20: Fern Jahre. * 13.40: Bericht über die Konferenz. * 14.00: Grenzbericht. * 14.30: aus Wien: Funf-Eck. * 15.00: Wien bleibt Wien.

Mitteldeutscher Rundfunk

Wittwoch, 15. Juni.

8.15: Selma Jacoby: Eintopf-Gerichte. * 10.10: Schluß. * 10.10: Bericht auf einem Elbfloß. * 10.45: aus Leipzig: Bericht vom Funf-Eck. * 11.00: Tierparkerei wider Willen. * 11.45: Was will die Deutsche Wode 1932? * 12.00: Der junge Lehrer. Das Generationenproblem * 12.30: Nachmittagskonzert. * 12.30: Das Wirtshaus über die Landesgrenze. * 12.45: Bericht über die Konferenz des Tages. * 13.00: Am Vorabend der Lausitzer Konferenz. * 13.20: Fern Jahre. * 13.40: Bericht über die Konferenz. * 14.00: Grenzbericht. * 14.30: aus Wien: Funf-Eck. * 15.00: Wien bleibt Wien.

Donnerstag, 16. Juni.

9.00: Gemeindefestprogramm der deutschen Schulfunkler aus Breslau. Dr. F. Benschel: Aus einer schlesischen Grube. * 10.10: Feierliche Eröffnung des 10. Internationalen Wettbewerbs in Wien. * 11.00: Rühme der Woche. * 11.30: Bericht vom Funf-Eck. * 11.45: Was will die Deutsche Wode 1932? * 12.00: Der junge Lehrer. Das Generationenproblem * 12.30: Nachmittagskonzert. * 12.30: Das Wirtshaus über die Landesgrenze. * 12.45: Bericht über die Konferenz des Tages. * 13.00: Am Vorabend der Lausitzer Konferenz. * 13.20: Fern Jahre. * 13.40: Bericht über die Konferenz. * 14.00: Grenzbericht. * 14.30: aus Wien: Funf-Eck. * 15.00: Wien bleibt Wien.

„Wahrscheinlich“ sagte sie und hatte immer noch das Gefühl um die Winkel des Mundes liegen. „Sie sind ein guter Mensch, Viktor. Nein, sind's nur ruhig.“

„Frau Professor.“ sagte er verwirrt.

„Tun's Ihnen nicht aufregen, Graf. Ich weiß ja eh alles. Ob sich das weit macht in Licht? Versuch's mit ich.“

„Die Geet? Wie seine Augen in den ihren leuchten und sie mußte ihm wehe tun! Man konnte den armen Menschen doch nicht in enger Umgehlichkeit lassen.“

„Das Geert ist mit dem Lutz fort. Keiner weiß wohin!“

Erstochen irrte sich ihre Hand hoch, als sein Kopf zurückging. Aber er lächelte abwehrend. „Es ist nichts, Frau Professor. Wissen Sie, wann Wiß Hetterfeld reist?“

„Sobald Sie auf die Fuß der Hetterfeld.“

„Ich hoffe, daß dies bald ist, gnädige Frau. Sie eger ich fortzukommen, belte besser wird es sein. Von einem Weiben ist doch keine Rede mehr.“

Sie wollte etwas dagegen reden, aber die Schwester kam zurück und brachte das Frühstück. Zu viel auf einmal konnte man noch nicht mit ihm sprechen. Für den Moment hatte das genügt. Wenn dann Wiß Hetterfeld kam und der alte Graf, würde sich weiter darüber reden lassen.

Als sie aus dem Zimmer ging, sah ihr Vippfild mit einem Blick nach, aus dem alles Hoffen geschwunden war.

Ulla Setterhoff tat das, was sie für die Rückkehr ihres Neffen an zweitmäßig hielt. In einem halben Dutzend der geleseften Wiener Zeitungen erschien folgende Notiz:

„Graf Viktor Vippfild, der vor zehn Tagen einen nicht unbedeutenden Unfall erlitt, ist wieder außer Lebensgefahr und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Seiner Ausreise nach Java, wohin er sich für einige Jahre verpflichtet hat, steht demnach nichts mehr im Wege und wird in Bälde erfolgen.“

Irgendein Blatt würde Wiß schon in die Hand nehmen. Dann würde er Bescheid.

Und in der Tat kam Setterhoff mit Ene am Samstag abend mit dem Armin geflüstert nach Hause. Auf dem Geleise linker Hand fuhr eine Minute später der

D-Zug ab, der Wiß Hetterfeld mit Viktor Vippfild in die Ferne trug.

Ulla stand auf dem zügigen Perron und winkte mit ihrem kleinen Taschentuch, sah dem alten Grafen in die tiefstehenden Augen und nicht mit rotergeänderter Gebärde.

„Geh'n mir Sab' ich nicht Recht? Das Ulla hat gar keine Phantasie. Altemal läßt es wieder das Gleiche aus. Die, wo sich gern häut'n, muß'n auseinander und die sich nicht ausfehen können, bleib'n besamm. Das ist schon immer so gew'es'n und wird immer anders aus.“

Als sie den großen Platz vor dem Bahnhof betrat, gab es Ulla einen Miß. Ihr Blick suchte nach dem alten Vippfild hinauf. Aber der hatte nichts gesehen.

Knapp fünf Meter vor ihnen hand Gerd und half dem Gebieter in den Wagen. Ein blaßes Mädchen schob sich aus dem Innern, schaute wieder dorthin zurück und blieb unruhig.

Im nächsten Augenblick lehnte sich der Wagen in Bewegung und verschwand zwischen dem Gevier der anderen Fahrzeuge.

Es kam jetzt öfter vor, daß Ull Setterhoff eine Stunde am Tage oder zwei im Hause seiner Mutter verbrachte. Zwar mußte sie, daß seine Besuche der Schwester galten, aber sie mußte ihm trotzdem Dank dafür. Er kam sich als Urheber ihres jerschlagenen Glückes vor, und daß ihre Wangen immer schmaler und ihr Mund immer blässer wurde, dünkte ihn als lebendiger Vormurr. Es blieb nur zu hoffen, daß die Zeit ihr über das Leid ihrer mehrer pedantisch englebigen Liebhaber begreifere Briefe, kam England großartig.

Italien berlich, Neppien dünkte ihm der Anbegriff alles Mädchenföhnen. Seine letzte Mitteilung lautete dabei, daß er sich auf dem Wege nach Indien befände. Wenn Ull es erlaube und finanziell für möglich halte, würde er wohl noch fünf bis sechs Monate von so Hause fortbleiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben.

„Ich habe dich begreifere Briefe, kam England großartig.“

„Italien berlich, Neppien dünkte ihm der Anbegriff alles Mädchenföhnen. Seine letzte Mitteilung lautete dabei, daß er sich auf dem Wege nach Indien befände. Wenn Ull es erlaube und finanziell für möglich halte, würde er wohl noch fünf bis sechs Monate von so Hause fortbleiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben.“

„Ich habe dich begreifere Briefe, kam England großartig.“

„Italien berlich, Neppien dünkte ihm der Anbegriff alles Mädchenföhnen. Seine letzte Mitteilung lautete dabei, daß er sich auf dem Wege nach Indien befände. Wenn Ull es erlaube und finanziell für möglich halte, würde er wohl noch fünf bis sechs Monate von so Hause fortbleiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben.“

„Ich habe dich begreifere Briefe, kam England großartig.“

„Italien berlich, Neppien dünkte ihm der Anbegriff alles Mädchenföhnen. Seine letzte Mitteilung lautete dabei, daß er sich auf dem Wege nach Indien befände. Wenn Ull es erlaube und finanziell für möglich halte, würde er wohl noch fünf bis sechs Monate von so Hause fortbleiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben. Ehornton ließ wie ungewohnt, gar nicht mehr schreiben.“

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 71.

Dienstag, den 14. Juni 1932.

35. Jahrg.

Das Sozialprogramm der Reichsregierung.

Eine Grundlegung des Reichstanzers.

Reichstanzler von Papen hielt bei der Solbergsammlung des Deutschen Landwirtschaftsvereins eine Ansprache, die die erste Rede des neuen Reichstanzlers vor der Öffentlichkeit ist. Unter großer Spannung erwartete v. Papen folgendes: „In einer der entscheidendsten Stunden der Nachkriegsentwicklung hat der Herr Reichspräsident mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung wenig zu tun hat mit dem gewohnten üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die Dokumentierung einer grundlegenden neuen Richtung der Staatsführung handelt, die sich verständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt.“

Demgemäß muß und wird das Ziel dieser Regierung sein, eine neue, einheitliche Weltanschauung der Nation herbeizuführen. Zu diesem Ende hat die Regierung zunächst von dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des deutschen Reichstages erbeten und erhalten. Sie ist der Ansicht, daß die eindeutige Mehrheit für die Politik gesamtstaatlicher Grundlegung, wirtschaftlicher Neuordnung auf christlicher, nationaler und sozialer Grundlage erlangen muß. Solange Sie nicht in diesem Zusammenhang ein Wort über die Auffassung der neuen Reichsregierung von ihren sozialen Werten sagen.

Eine der merkwürdigsten Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfechten, ist die Unterstellung, daß ihre Haltung unsozial sei. Wir sind der Ansicht, daß es verfehlt worden ist, den Aufbau eines rein staatlichen Verfassungsvertrages seinem Umfange nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegender Irrtum, daß der omnipotente, unpersonliche Staat an die Stelle

der persönlichen Verantwortlichkeit des Regierenden treten könne. Die Verantwortlichkeit der aus der gettgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gewiß hat angesichts der Größe und des Umfangs der Notlage unseres Volkes auch der Staat seine Verpflichtungen zu sozialer Hilfe, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und ernsteste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notleidenden Volksgenossen auch über diese Krise hinweg zu erhalten.

Darüber hinaus aber steht sie den besten Weg sozialer Hilfe in dem Vertrauen, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumergen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Eine klare, gleichwertige Agrarpolitik ist das Fundament jeder gelingenden Entwicklung, die in sorgfältiger Abwägung der Interessen aus der anderen Berufsstände der Gesamtheit der deutschen Wirtschaft gerecht wird.

Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht den Kampf der Regierung für den festlichen und materiellen Aufbau der Nation weiter zu unterstützen.

Mutter Erde, der Urgrund alles Lebens.

Grundzüge der Agrarpolitik der Reichsregierung.

Auf der Solbergsammlung des Deutschen Landwirtschaftsvereins entwickelte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun die Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der Reichsregierung. Er führte unter anderem aus:

Die Notlage in der Landwirtschaft ist allgemein. Seit zwei Jahren ist zu beobachten, daß in Deutschland, wo die bäuerliche Struktur durchweg vorherrschend ist, die Verarmung schneller zunimmt als im Osten. Nach den neuesten Ausführungsentscheidungen des Deutschen Landwirtschaftsvereins ist nur noch etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage, die Mieten aus den Mietverträgen zu bezahlen. In allen anderen Fällen würden die Zinsausgaben auf Kosten der Substanz vorgenommen. — Wesentlich für die Ursachen der Verarmung in der ganzen Nachkriegszeit ist die fallende Preisenergie, das Missverhältnis zwischen den Erzeugnispreisen und den Erzeugnissen. Eines der Ziele der Agrarpolitik mußte demnach die Bekämpfung dieser Preisenergie sein. Mit spezifischen Agrarmaßnahmen allein ist dies nicht möglich.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse machte ich durchweg die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Wenn Fleisch konnte ein Konsumprodukt nur durch den ungescherten Zirkel der Reichsregierung vertrieben werden. Somit wurde das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein agrarisches Problem.

Städtischer Konsum und landwirtschaftlicher Produzent bilden eine Interessengemeinschaft auf Gebot und Verbot. Der Minister ging jedoch auf das Problem der Inflation ein und erklärte, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loszulösen. Die Verhältnisse hätten sich aber gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verschoben. Früher sei der deutsche Export, der unsere Exportfinanzen mußte, gern und willig in allen Ländern der Welt aufgenommen worden. Stattdessen fänden wir heute überall Marktverengungen, die die Welt von uns eigenem Konsum isolieren. Dieser Entwicklung könne sich auch Deutschland nicht entziehen.

Auf dem Getreidegebiet müsse für eine auskömmliche Verwertung der kommenden Getreideernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gesorgt werden. In aller Eile werde er auf diesem Gebiet die nötige Klarheit schaffen. Auf den Märkten der Veredelungsprodukte sei die Lage katastrophal. Hier sei bereits in erster Linie das Überwiegen der Krise auf die bäuerlichen Wirtschaften, das sich in den letzten beiden Jahren vollzogen habe. Die Reichsregierung müsse daher vor gelamten Veredelungsproduzenten ihr besonderes Augenmerk richten, da es sich hier um eine Existenzfrage für den deutschen Bauer handelt. In der Kartoffelfrage wird der erbeten technischen Verwendung, wobei der Minister auch die Treibstofffrage erwähnte, besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Beim Zucker müsse möglichst dem verarmten Konsumenten ein angemessener Preis gesichert bleiben. Auf dem Gebiete des Gemüses, Obst- und Weinbaues sei eine Besserung der Lage nur durch Änderung der bisherigen Handelsvertragspolitik und von der Einsicht der Verbraucher zu erwarten, die endlich einmal den deutschen Erzeugnissen den Vorrang geben sollten. Schwerste Sorge bereite der Reichsregierung die Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft. Eine auf sozialpolitischem Gebiet liegende Maßnahme werde in den nächsten Tagen veröffentlicht werden; weitere Maßnahmen müßten in Folge folgen.

Möglichst bald werde der Minister, daß Agrarfragen nicht allein mit dem Verstande bearbeitet werden könnten. Sie sind eine Sache der gefühlsmäßigen Einstellung des Menschen zum Grund und Boden. Dieses Gefühl kann man nicht lernen, man kann es auch nicht beschreiben, man kann es nur haben oder nicht haben. Es gehöre zu denen, die in der Mutter Erde den Ursprung alles Werdens erblickten, den der Mensch zu verehren hat.

Was bringt die neue Notverordnung?

Scharfe Kürzung der Arbeitslosenunterstützung Beschäftigtensteuer bis 6,5 Prozent

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Vorbereitung der künftigen Konferenz. Nach eingehenden Darlegungen der beteiligten Reichsminister wurde, wie halbamtlich mitgeteilt wird, die völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt. Die Selbstvertretung des Reichstanzers während seiner Abwesenheit in Lausanne übernimmt Reichsminister Freiherr v. Gansl. Später trat das Kabinett erneut zusammen, um an die neue Notverordnung, die finanzpolitische Maßnahmen zum Ausgleich des Haushalts u. a. bringen wird, die letzte Hand anzulegen.

Der Text der neuen Notverordnung wird von der Reichsregierung für Mittwoch veröffentlicht werden.

Die neue Notverordnung, durch die der 400-Millionen-Mark-Zehlbetrag im Reichshaushalt gedeckt werden soll, wird, wie aus unterschiedlichen Quellen verlautet, ähnliche Steuern bringen, wie sie das Kabinett während der Krise vorgegeben hatte. Bei der Krisensteuer werde eine Neuregelung eintreten durch Streichung eines Teiles der Steuer und Einführung einer Abgabe für Arbeitslosenunterstützung, die mit anderthalb Prozent des Einkommens beginnt und einen steigenden Tarif haben sollte. Die Beamten würden zu einer gleichmäßigen Abgabe in Höhe von anderthalb Prozent herangezogen werden. Bei der Umsatzsteuer werde vielleicht die Freigrenze von 5000 Mark aufgehoben werden, weil die seinerzeit dafür angenommene Voraussetzung der Schaffung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer sich nicht bewährt habe. Die Verlängerung der Salzsteuer werde sich kaum vermeiden lassen. Man spreche außerdem von der Einführung einer Salzsteuer. Die Vertreter der Länder hätten sogar von der Regierung Vollmacht für die Gemeinden zu einer noch weiteren Erhöhung der Bürgersteuer verlangt, was aber die Reichsregierung abgelehnt habe. Die Kürzung der Mieten, die sich aus der Lage der Arbeitslosen ergebe, werde in abgeminderter Form gegenüber den Wünschen des Kabinetts während durchgeführt werden.

Beratungen über die Finanzmaßnahmen abgeschlossen

Über die politische Notverordnung wird noch beraten.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die finanzpolitischen Maßnahmen dauerten bis in die späten Abendstunden hinein an und wurden gegen 21.30 Uhr abgeschlossen. Die entsprechende Notverordnung wird am Dienstag dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt und dann der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Beratungen über die politische Notverordnung wurden nicht beendet.

Bayern gegen die Regierung Papen.

Die süddeutschen Regierungen lehnen jede Verantwortung für die neue Notverordnung ab.

Die Bayerische Staatszeitung schreibt unter der Überschrift „Ausgeräumte Schwierigkeiten?“ zu dem Ergebnis der Berliner Aussprache, daß die Anschuldigungen der Länder sich in ihrer kritischen Einstellung zu den politischen Maßnahmen der Reichsregierung vollkommen decken. Wichtig ist festzustellen, daß von einer föhnbaren Einigung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern in der Sache keine Rede sein könne. Nach bayerischer Ansicht habe die Reichsregierung nicht vorzuziehen, die süddeutschen Regierungen über ihre einzelnen Maßnahmen oder Pläne zu zerlegen.

Zusammenfassend sei für den Augenblick zu sagen, daß die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern, für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung in der Sache übernehmen werden.

mittels Gewalt

in Minister.

Der Bayern, am Sonntag vom haben ihm ihre Regierung vorge, daß Preußen einlegen wolle, dem Reichspräsidenten unter gegen einen süddeutschen Regierung hat auf den Minister lassen, daß sie anrufen wolle. den süddeutschen und auch Einmütigkeit abgegeben Unterbreitungen der Aufforderungen er doch eine Entschlossenheit sein. Mit der

praktischen ist einverstanden, das Verbot aus Regierung bei ordnung diesen

Schwierigkeiten Rechnung tragen. Die süddeutschen Minister betonen, daß ihr Schritt durchaus der Volksmeinung entspreche. Sicherlich würde ja ein Reichskommissar aus Berlin in München nicht gerade freundlich empfangen werden. Aber eben! Sicher ist es, daß man in Süddeutschland es ablehnt, wenn in Verbindung mit dem Schritt der Ministerpräsidenten bei Hindenburg irgendwelche von der Gefahr einer

Trennung zwischen Nord und Süd gesprochen wird. Das ist ein Verbrechen, das nur entfallen ist, um den Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen; seine Urheber haben aber damit ein Verbrechen am Volk begangen. Es wäre schlimm, wenn die enge Verbundenheit zwischen Süden und Norden durch eine Wahlkampfpolemik gefährdet würde.

Bei Beurteilung des Schrittes der süddeutschen Minister muß man übrigens berücksichtigen, daß sowohl in Bayern wie in Thüringen noch die alten Regierungen bestehen, die keine Mehrheit in den neuen Landtagen hinter sich haben. Nach einem Telegramm aus Stuttgart scheinen in der dortigen Regierung wegen der Aktion in Berlin Meinungsverschiedenheiten zu bestehen